

Zünder der Zukunft

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die flinsgehaltene Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, großes früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Freitag, den 20. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

II. (Schluß.)

Noch ein wesentlicher Mangel des stehenden Heeres muß erwähnt werden: es kann wegen der ungeheuren Kosten bei weitem nicht alle wehrfähigen Mannschaften ausbilden und für die Landesverteidigung nutzbar machen. Im Jahre 1911 z. B. werden voraussichtlich etwa 580 000 junge Männer (noch Abzug der Untauglichen) das wehrfähige Alter erreichen; aber davon wird höchstens die Hälfte zur Armee eingezogen, fast 300 000 bleiben von diesem Saargang ohne militärische Ausbildung und folglich im Kriegsfall ohne Verwendung.

Alle diese schweren Missstände werden vermieden, wenn man statt des stehenden Heeres die Volkswehr einführt, wie das sozialdemokratische Programm verlangt. Was die Volkswehr hauptsächlich vom stehenden Heere unterscheidet, ist die kurze Dienstzeit. Freilich behaupten nun die bürgerlichen Parteien, in einer kurzen Dienstzeit von wenigen Monaten könnten die Recruten nicht kriegsfähig ausgebildet werden; man würde also dadurch das Vaterland mehrlos machen. Dabei vergessen sie jedoch, daß vor dem Sothe „Volkswehr an Stelle“ der stehenden Heere“ in unserem Programm noch die Worte stehen: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit.“ Wir wollen natürlich nicht die Recruten, so wie sie heute sind, belassen, sondern von klein auf soll die deutsche Jugend zur Wehrhaftigkeit erzogen werden. Schon in der Schule sollen sie ganz anders als heute das Turnen, Schwimmen, Reiten, Fechten lernen; in etwas reiferem Alter, mit 14—15 Jahren sollen sie den Gebrauch der Waffen, das Marschieren etc. lernen, und wenn sie so bis zum 20. Jahre dauernd geblieben werden, dann genügen einige Monate in der Kaserne, um ihnen das beizubringen, was sie noch unmittelbar für den Krieg brauchen. Hat doch im preußischen Militärwochenblatt 1909 ein preußischer General, der die schweizerischen Manöver gesehen, klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß die schweizerische Kavallerie genau dasselbe leistet, wie die deutsche — bei einer Dienstzeit von 90 Tagen! Mit der kurzen Dienstzeit würde der größte Teil der jüngsten Kosten wegfallen und damit hätten wir unserer Wehrkraft auf einen Schlag bedeutend erhöht. Von den Steuern und Zöllen auf Lebensmittel könnte der größte Teil, wo nicht alle, aufgehoben werden, die Leistung wäre besiegelt, das Volk könnte sich satteßen und für die sorgfältigen Strapazen eines modernen Krieges durch kräftige Nahrung vorbereiten; es könnte mehr Geld auf die Volksschule verwandt und die Bildung und Intelligenz der großen Massen gehoben werden, auf die im Kriege so viel ankommt. Endlich könnte die Volkswehr alle, aber auch alle, die nur eine Linie schleppen können, für die Landesverteidigung nutzbar machen. Selbst wer schließlich für den Kriegsdienst sich als untauglich erweist, hat doch schiefen gelernt und kann im schlimmsten Notfall den Landsturm verstärken. Mit einem Worte: nicht mehrlos, sondern erst richtig wehrhaft würde das Vaterland gemacht durch die Volkswehr.

Aber die bürgerlichen Parteien wollen sie nicht. Mit Zähigkeit und Erbitterung halten sie an dem System des stehenden Heeres fest und jeden, der die Änderung anstrebt, erklären sie für einen Hochverrater und Landesfeind und möchten ihn am liebsten ins Jützthaus stecken! — Warum das? Nur eine Erklärung ist möglich: das Heer ist ihnen garnicht in erster Linie ein Werkzeug der Landesverteidigung, sondern es soll zuerst und hauptsächlich anderen Zwecken dienen. Dachten sie nur an die Landesverteidigung, dann müßten sie lieber heute als morgen die Volkswehr einführen. Aber bei der Volkswehr wäre es unmöglich, den Soldaten so gänzlich aus der Gemeinschaft mit dem übrigen Volk herauszuhaben; das geht nicht in 3 oder selbst 6 Monaten; die Volkswehr wäre das bewaffnete Volk selbst. Und auch der stumme Davavergehorsam, der heute den deutschen Soldaten auszeichnet, wäre bei der Volkswehr unmöglich; sie würde ihren eigenen freien Willen behalten und sich nicht für jeden Zweck gebrauchen lassen, der den Vorgesetzten gerade beliebt. Dieser eigene Wille würde sie unschätzbar, unbesiegbar machen als Werkzeug der Verteidigung bei feindlichem Angriff. Aber wenn es einem Machthaber einfiele, ein anderes Volk anzugreifen, so wäre das mit der Volkswehr schon bedeutend schwieriger. Woraus folgt, daß sie eine wirkliche Garantie des Friedens wäre: sobald alle Staaten die Volkswehr haben, kann keiner den andern mehr angreifen. — Ganz und gar unbrauchbar jedoch wäre die Volkswehr für den Zweck, der

den bürgerlichen Parteien der wichtigste ist. Sie brauchen nämlich die Armee garnicht allein und auch nicht hauptsächlich gegen den äußeren Landesfeind, sondern vor allen Dingen soll sie ihnen ein Schutz sein gegen den sogenannten „inneren“ Feind. Das haben gerade die berufensten Vertreter des Heeres, die sogenannten „obersten Kriegsherren“, oft genug gesagt. So hielt im Jahre 1874 der damalige Kaiser Wilhelm I. eine Rede, worin er sagte:

„Ich habe gehofft, die Wehrverfassung seinem Nachfolger als eine vollendete Tatsache, als kaiserliche Schutzwehr wider innere und äußere Feinde hinterlassen zu können.“

Und wie oft hat nicht der jegliche Kaiser Wilhelm II. denselben Gedanken Ausdruck gegeben! So sagte er am 23. November 1891 in Potsdam zu den Recruten:

„Denkt daran, daß die deutsche Armee gerüstet sein muß gegen den inneren Feind sowohl als gegen den äußeren. Mehr denn je hebt der Unglaube und Mifmut sein Haupt im Vaterlande empor, und es kann vorkommen, daß ihr eure eigenen Verwandten und Brüder niederschlagen und siechen müssen.“

Dem Sinne nach dasselbe sagte er auch wieder im Jahre 1900:

„Ihr habt den Feind niederzukämpfen, ihr habt auch im Innern die Ordnung aufrecht zu halten.“ Wer ist denn nun eigentlich dieser „innere Feind“, der die „Ordnung“ bedroht, und gegen den die Armee bei der Hand sein soll? Das sind die Arbeiter, nicht etwa nur die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern alle diejenigen, die unter dem Kapitalismus nicht mitsumäuschen will halten. Am 6. März 1910 hat man in Berlin Kanonen in Bereitschaft gehalten gegen die Wahlrechtsdemonstranten, in dem Armeebefehl des Generals Bölling ist die Verwendung der Truppen gegen Aufruhr verordnet — das richtet sich gegen die Sozialdemokraten. Aber als 1909 die Bergleute in Mansfeld streikten, da beteuerten sie ihre königstreue Gesinnung, und doch hat man Maschinengewehre gegen sie ausgefahren.

Dies also ist für die Kapitalistenklasse der wichtigste Zweck der Armee, und dazu ist freilich eine Volkswehr mit kurzer Dienstzeit nicht zu brauchen. Deshalb wollen sie durchaus das stehende Heer beibehalten; es ist zwar ein minder gutes Mittel der Landesverteidigung als die Volkswehr, aber es ist unentbehrlich als Schutz der Klassenherrschaft.

Wenn also die Verteidiger der Kapitalsherrschaft uns sagen: „an der Landesverteidigung haben Arbeiter und Kapitalisten das gleiche gemeinsame Interesse“ — so werden wir ihnen antworten: an der Landesverteidigung haben die Kapitalisten offenbar ein sehr geringes Interesse, denn sie verschmähen ja, sie durch Einführung der Volkswehr zu sichern. Aber so ist die Frage überhaupt nicht richtig gestellt, sondern sie muß lauten: wer hat ein Interesse an der Erhaltung des stehenden Heeres? Und da zeigt sich denn sofort, daß nur die Kapitalisten ein Interesse daran haben, die Arbeiter aber das entgegengesetzte, sehr dringende Interesse an seiner Beseitigung.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage

Der Reichstag setzte im Schneekentempo am Donnerstag die zweite Lesung der Reichsmertzumwachssteuer fort. Man erledigte ungefähr ein Dutzend Paragraphen. Augencheinlich sind die meisten Abgeordneten mit der in der Tat außergewöhnlich schwierigen Materie wenig vertraut, und der Freisinnige Pottthoff, nebenbei gesagt einer der wenigen Fortschrittliter, die es wirklich ernst mit einer wirklichen Zuwachssteuer zu nehmen scheinen, hatte garnicht so unrecht, als er austriet: „Das ist ja gar keine Plenarberatung, sondern eine vierte Kommissionsberatung!“ Das Haus war zu Beginn der Sitzung ganz außerordentlich schwach besetzt; nachher aber sorgten die Berichterstatter und Vermittler, die sich so ziemlich auf alle bürgerlichen Parteien verteilen, für ein beschlußfähiges Haus, mit dessen Hilfe sie, wenn auch mit geringer Mehrheit und einmal nur auf den Wegen des Hammelsprungs, weitere und zwar nicht unwichtige Durchsicherungen des ganzen Gesetzes leider durchsetzen. Daß nicht alle gestellten Verminderungsanträge durchgesetzt wurden und daß überhaupt etwas Vorwiegend lag eigentlich nur daran, daß die hausagrarischen Anteile der Liberalen von Sozialdemokraten, Zentrum und den Rechten, die Anträge der Landagräer wenigstens bisweilen von den Sozialdemokraten und Liberalen und einem Teile des Zentrums und der Rechten abgelehnt wurden. Wenn sich aber Land- und Stadträte fanden, dann half alles Handlungswertloses nicht, und neue Ausnahmen wür-

den beschlossen, deren schließlicher Erfolg der sein wird, daß den Kommunen viel genommen und dem Reiche wenig gegeben wird. Der Fortschrittl. Cuno, der bisweilen den Agrariern scharf entgegentritt, dann aber seinerseits auch wieder Verschlechterungsanträge versucht, sagte dies Resultat mit Recht voraus. Von unserer Seite kämpften die Genossen Böhle, Binder, Tietz und Südeku gegen die Verwandlung eines modern gedachten Steuergesetzes in ein agrarisches Klassengesetz.

Am Freitag will man unter allen Umständen mit dem Gesetz fertig werden.

Wie im Reichsamt des Innern gearbeitet wird.

Am Mittwoch beschäftigte sich die Budgetkommission des Reichstages von neuem mit der teuren Schreibarbeit im Reichsamt des Innern und dem dort üblichen Nebenstundenlohn bei der sogenannten Hausarbeit. Nach einer Darstellung des Unterstaatssekretärs Richter sollen sich die Kanzleibeamten während ihrer siebenstündigen Bureauarbeit geradezu überarbeiten; der Dienst soll so anstrengend sein, daß die Armen frühzeitig pensioniert werden müssen. Von einem Streik im vorigen Jahre könnte keine Rede sein. Die Stunde Schreibarbeit kostet allerdings 2 Mk. und der Bogen durchschnittlich 2,70 Mk. Die Hausarbeit sei nicht zu umgehen und müsse gut bezahlt werden. Schließlich mußte der Unterstaatssekretär aber zugeben, daß die Beamten infolge der Hausarbeit nicht immer voll leistungsfähig seien. — Staatssekretär Delbrück gab zu, daß die Beamten Hausarbeit zu den neuen Bedingungen nicht mehr leisten wollten, sich aber schließlich gefügt hätten. Staatssekretär Wermuth hält das Kanzleiwesen für reformfähig und meint auch, es könne mehr gearbeitet werden. Im Statistischen Amt werden durchschnittlich 12 Bogen geschrieben, bei manchen anderen Behörden nur 7—8. Es wurde ferner auf die ungünstigen Urteile des früheren Staatssekretärs Dernburg über die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Kanzleibeamten hingewiesen. Auch Staatssekretär Delbrück gab zu, daß Maschinenschreiberinnen ganz anders leistungsfähig als die Militärangestellten seien, die übernommen werden müssen. Von sozialdemokratischer Seite wurde festgestellt, daß selbst nach Angaben der Regierung lange Jahre hindurch schwere Missstände bestanden haben und die Beamten ein völlig ungenügendes Arbeitsquantum leisteten. Die Militärangestellten seien in der Regel wegen ihrer Vorbildung für Bureaudienste nur wenig geeignet. Es müsse auch Auskunft darüber gegeben werden, ob es wahr sei, daß von einem höheren Beamten im Reichsamt des Innern den Beamten im Patentamt Ratshläge zur Durchführung der „passiven Ressenz“ gegeben worden seien. — Von nationalliberaler Seite werden Vergleiche der Leistungsfähigkeit und Bezahlung der Bureaubeamten in den Reichs- und Privatbetrieben ange stellt; es wird nachgewiesen, daß der Privatbetrieb billiger und prompter arbeite. Auch der Leiter der Reichsdruckerei hat Abgeordneten erklärt, daß er Maschinenschreiberinnen angesetzten Beamten vorziehe. — Festgestellt wurde auch, daß für besondere quantitative Leistungen innerhalb der siebenstündigen Bureauarbeit nicht selten noch Extraent schädigungen gezahlt werden. Ein Abgeordneter meinte, die Beamten seien stets mit großem Elfer bestrebt, zu ihren hohen Gehältern fortwährend noch solche Extraent schädigungen herauszuschlagen. — Ein Antrag, prozentual eine Anzahl von Kanzleibeamtenstellen zu streichen, wurde einstimmig angenommen.

Der nationalliberale Held als Sieger.

Im 6. hannoverschen Wahlkreis Verden-Hoya führt der frühere nationalliberale Abg. Held, der sein Mandat wegen des bekannten Betrugskurses, in dem ihm recht bedenkliche Manipulationen vorgeworfen waren, niedergelegt, einen schweren Kampf um die Reichstagskandidatur. Die offizielle Parteilistung der Nationalliberalen wollte einen anderen Kandidaten aufstellen, Held hat sich aber einen so starken Anhang gesichert, daß alle Versuche, ihn zu verdrängen, scheitern. Neuerdings haben die Nationalen der nationalliberalen Partei den vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten abgelehnt, worauf der Vorstand seine Amts niederlegte. Wahrscheinlich wird jetzt der Versuch ausgegeben, neben Held einen anderen nationalliberalen Kandidaten aufzustimmen zu lassen.

Zur Reichsmertzumwachssteuer.

Zum Reichsmertzumwachssteuerentwurf bemerkten die „Berliner Politischen Nachrichten“, wenn die Wertzuwachssteuer in einer Form aufzünde komme, die den Ertrag für die Heeresförderung und die Erweiterung der Sozialversicherung nicht erwarten lässe, sei es durchaus notwendig, die neuen Ausgaben entsprechend zu kürzen. Die früher herbeigegogene Aushilfe bei anderen Einnahmetümern Ertragssteigerungen auf dem Papier vorzunehmen, dürfte jetzt nicht mehr zur Anwendung kommen. Man wird

sich also im Reichstag sagen müssen, daß, falls die Wertzuwachssteuer in ihrem Ertrage noch weiter abgeschwächt wird, in erster Reihe die von allen Kreisen der Nation erwünschte Erweiterung der Veteränsfürsorge gefährdet wird. Auf alle Fälle wird an diesem Punkt eine Probe abgelegt werden müssen, daß die Grundsätze für die Reichsfinanzierung keine Durchbrüche erfahren."

Reichsversicherungsordnung.

Am Mittwoch erledigte die Kommission den Abschnitt über die Verwaltung der Orts- und Landkrankenkassen. In einer sehr ausgedehnten Debatte wurde ein konfessioneller Antrag erörtert, der den Landarbeitern die Beteiligung an der Verwaltung nehmen will. In erster Lesung hatte die Kommission bekanntlich den Landarbeitern die gleiche Beteiligung zugestanden, wie den Industriearbeitern an den Ortskrankenkassen. Der Beschluß war mit Zentrumsseite Zustande gekommen; das Zentrum ist aber umgestoßen und will die Selbstverwaltung ausschalten. Die Verwaltung bleibt damit in den Händen der Gemeindeverwaltung; nur wenn es der obersten Verwaltungsbehörde beliebt, kann die Wahl der Verwaltung vorgesehen werden, wovon natürlich kein Gebrauch gemacht werden wird.

Genoss Molkenbuhr und auch Redner der Volkspartei und der Polen hielten dem Zentrum vor, daß es mit dieser Stellungnahme die Landarbeiter schmälerlich entrechte und die Ressourcenleistungen dem Großgrundbesitzer ausliefere. Die Zentrumsseiten machten den Versuch, sich hinter der Regierungserklärung zu verstecken, nach der die Vorlage ohne die Entziehung der Landarbeiter nicht angenommen werden könnte. So brachten Zentrum, Nationalliberale und Konservative die Landarbeiter um ihr Verwaltungsrrecht.

Von der Regierung wurde von neuem die Halbierung der Beiträge und dementsprechend die Herabsetzung der Arbeitervertretung in der Verwaltung der Ortskrankenkassen betrieben. Ministerialdirektor Gaspar erklärte, die Regierung lehne das Gesetz ohne diese reaktionäre Bestimmung, die in der ersten Lesung von der Kommission bestätigt war, ab. Vorläufig blieb das Zentrum in dieser Frage noch auf seinem Standpunkt, die Drittelung der Beiträge beizubehalten. So wurde der Verlust der Konservativen und Nationalliberalen, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht auch in den Ortskrankenkassen zu nehmen, zurückgewiesen. Ob aber das Zentrum später nicht doch dem Drängen der Regierung und der Konservativen nachgeben wird, ist ungewiß. Nach seiner bisherigen Haltung ist der reaktionäre Rückzug nicht ausgeschlossen.

Der übrige Teil des Abschnittes wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Am Donnerstag führte die Beratung der Krankenversicherung in der Kommission zur Auslegung wichtiger Kapitel; auf Antrag des Zentrums wurden die Paragraphen über die Anstellung der Beamten, die Anstellungsverträge der Angestellten und der Arztdienst zurückgestellt. Unsere Genossen sprachen sich sehr entschieden gegen die Verschleppung der Sache aus. Genosse Schmidt wußte ein, man müsse sich doch über solche wichtige Fragen klar sein und sie auch zur Entscheidung bringen. Die Zurückstellung der Entscheidung lasse das Zustandekommen des Gesetzes immer mehr zweifelhaft erscheinen. Bleibe aber die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkt bezüglich der Drittteilung der Beiträge und sei auch die Majorität in der Kommission in ihrer Beschlusssitzung durch Entscheidungen der Fraktionen gebunden, so frage es sich, ob nicht die viele Arbeit unnötig gewesen sei, und man könnte sich die weitere Mühe sparen. — Die Kommission entschied indes für die Verlegung der Kapitel. Nach der Erklärung Hizels will man Zeit gewinnen, vielleicht sei noch eine Verständigung möglich.

Es wird dann in die Beratung der Bestimmungen für die Landarbeiter eingetreten. Die Konservativen und Nationalliberalen versuchen wieder, die Landarbeiter der Versicherungspflicht unter der Vorausezung zu entziehen, daß der Unternehmer die Ressourcenleistung aus eigenen Mitteln übernimmt. Von unseren Genossen und auch von anderer Seite wird hervorgehoben, daß die Großgrundbesitzer von diesem Rechte Gebrauch machen würden. Die Folge wäre, daß die Landkrankenkassen die leistungsfähigsten Beitragsschichter verlieren, und die Landkrankenkassen dadurch schwer geschädigt werden, da dann die kleinen Besitzer die Kosten tragen müssten. Selbst der Konservative Diercksen wendet sich aus gleichen Gründen gegen den Antrag, für den nur die Antragsteller stimmen, ohne ihn zur Annahme verhelfen zu können.

Weiter bemühten sich die Konservativen, das Krankengeld für die Landarbeiter im Winter zu ermindern. Dieser Verlust zur Schädigung der Landarbeiter stand selbst bei den Nationalliberalen keine Unterstützung, so daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Witzglückter Abstimmungsversuch.

Der Vorsitzende des konservativen Vereins in Halle hatte beim Verein der Liberalen angefragt, ob man dort geneigt sei, wie bei der letzten Wahl unter Erneuerung eines liberalen Kandidaten gemeinsam den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Die Liberalen antworteten: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen werde jedes Bündnis mit den Konservativen die Werkeleistung der liberalen Agitation schwächen.

Das Beleggewebe bei der Marine.

Am Donnerstag behandelte die Budgetkommission des Reichstags noch einmal eingehend das Beleggewebe bei der Marine. Wegen der vom Reichsmarineamt im neuen Etat vorgeschlagenen Entziehung der täglichen Zulage von 20 Pf. für die 10000 Seeger zum 25. zu leistenden Auskunftsberichten. Die Sozialdemokraten beanträgten, die Zulage für das Wasserbauamt, Werftamt und Techn. Dienstamt und auch für die Werftaufzugsanstalt und Feuerwehrwache, die als Sonderabgaben betrachtet werden, in einer Höhe wieder herzustellen, soweit die befreifenden durch die Neuregelung des Beleggewebes bestätigt werden. Dafür sollen von den Ausgaben für Auskunftsberichten 20 Pf. abnehmen, die gegen das Beleg-

um zwei Millionen Mark erhöht werden sollen, 100 000 Mark gestrichen werden. Als Entgelt für die beabsichtigte Zulage-Entziehung will das Zentrum die Verpflichtung etwas aufbessern. Dieser Vorschlag ist ohne großen Wert, da bisher keine Beschwerden über die Verpflichtung erhoben worden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, wie ungünstig und ungerecht es sei, daß den Seelzern die Zulage entzogen werden soll; es sei ganz naturgemäß, daß dadurch unter den Mannschaften berechtigte Erbitterung ausgelöst werde.

Staatssekretär Tropitz, der anscheinend bereits einsteht, wie verkehrt und die Stimmung unter den Marinemannschaften gefährdend die angedrohte Maßnahme ist, versucht das ihm drohende Ungewitter abzulenken; er will die sozialdemokratische Kritik an der Maßnahme der Zulageentziehung für die zu erwartende Erbitterung verantwortlich machen. Die freudige Antwort auf diesen Versuch blieb ihm nicht erspart. Auch der Staatssekretär sollte begreifen, daß die sozialdemokratische Kritik jene Mithilfe verhindern und verlassen will, jene unberechtigte Maßregel zu unterlassen.

Die Debatte wurde schließlich auf Freitag verlegt.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Haus des Dreiklassenwahlrechts hatte am Donnerstag wieder einen großen Tag. Auf der Tagesordnung stand die sozialistische Interpellation:

Was gebietet die lgl. Staatsregierung zu tun, um den in einheitlichem Parteinteresse erfolgenden Übergriffen von Landräten und anderen Regierungsbeamten entgegenzuwirken, wie solche in dem gegen den Rittergutsbesitzer Becker eingeleiteten Strafverfahren sowie bei den letzten Reichstagswahlen in Laubau-Wehlau und bei anderen Wockommitten festgestellt worden sind?

Der Ministerpräsident glänzte wieder einmal durch Abwesenheit. An seiner Stelle erklärte sich der Minister des Innern v. Dallwitz zur Beantwortung der Interpellation bereit. Die Interpellation wurde von dem Abgeordneten Lipmann in dreistündigem Rede begründet, er gab ein wichtiges Anklagematerial gegen die gesamte innere Verwaltung Preußens und besonders gegen die Landräte, die eigentlichen Träger des Systems. Eingehend befaßtigte sich der Redner mit den Fällen, die in den letzten Wochen und Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt haben. Er verlangte nachdrücklich die Beseitigung des agrarisch-konservativen Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung, eine Reform der veralteten Kreis- und Provinzialordnung und vor allem die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes.

Minister v. Dallwitz machte sich die Antwort auf die einzelnen Fälle von seinen Geheimraten sorgfältig ausarbeiten lassen und verfasste einfach das Manuskript. Er merkte nicht einmal, daß er so auch einzelne Anklagen zurückwies, die der Interpellant gar nicht hervorgehoben hatte. Dallwitz bekräftigt einschließlich alles, was den Landräten zur Last gelegt wird und gab den Interpellanten auch nicht in einem einzigen Punkte recht. Nach dieser Leistung braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Landräte in Zukunft noch toller wirtschaften werden.

Noch ärger als der Minister trieb es der erste Debattevater, der Konservative v. Hennings, der den Landräten ein wahres Loblied sang und ihnen das volle Vertrauen der Konservativen zusprach.

Die Befreiung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Die Telephongebühren-Ordnung
sollte in diesen Tagen im Reichstag zur zweiten Beratung gestellt werden. Auf der Tagesordnung wird der Wechselbalg demnächst auch erscheinen. Aus der Beratung wird aber nichts werden, den Mätern grant nämlich vor ihrem eigenen Werk. Die vom schwarz-blauen Block gefassten Kommissionsbeschlüsse haben mit Recht den lebhaften Protest der Handels- und Industriekreise hervorgerufen, denen ein unenbeherrschbar gewordenes Verkehrsmittel verteilt werden soll, dessen Benutzung natürlich dadurch erheblich eingeschränkt werden würde. Es ist deshalb von derjenigen Seite, die sich um das Zustandekommen der Kommissionsbeschlüsse am eifrigsten bemüht hat, am Donnerstag in einer zwanglosen Besprechung von Abgeordneten, die an der Beratung des Gesetzes teilgenommen haben, empfohlen worden, die Zurückverweisung des Entwurfs an die Budgetkommission zu beantragen. Ein solcher Antrag soll von allen Parteien unterzeichnet werden. Man hat erkannt, daß die Kommissionsbeschlüsse im wesentlichen nicht aufzuwehren werden können. Was nun aus der Gebührenordnung wird, ist im Augenblick nicht abzusehen. Die Zurückverweisung an die Kommission kann zu einem lang- und klanglosen Begräbnis werden. Vor Ostern wird die Budgetkommission zu einer erneuten Beratung, die sich sehr gründlich gestalten muß, weil feststeht, daß die Postverwaltung solche Angaben gemacht hat, kaum gelingen. Ob sich nach Ostern im Plenum noch Zeit findet, dieses Gesetz zu beraten, erscheint recht zweifelhaft. Enden werden diesem Kräfteleichen Gesetz gegen den Verkehr aber auch nur einige Agrarier nachweinen.

Hanseatische Wahlkraft.

Am Mittwoch sprach Syndicus Dr. Meyer von der Berliner Handelskammer in der Charlottenburger Ortsgruppe des Hansabundes über die Wahlkraft des Hansabundes. Hauptzweck sei die Bekämpfung des Agrarientums; ebenso müßten die agrarfriedlichen und industriefriedlichen Konservativen und das Zentrum bekämpft werden. Den Losenkarten der Sammlungspolitik werde man deshalb nicht folgen; eine wirkliche Bekämpfung der Sozialdemokratie könne nur durch eine Bekämpfung der Agrarienten erreicht werden: „Sei darum die Taktik des Hansabundes wegen der Wahlkraft ohne weiteres gegeben, so müsse er sich wegen seiner eigenartigen Zusammenziehung in der Frage der Stichwahl jeder Partei erhalten und die Regierung dieser Angelegenheit den einzelnen Parteien zu überlassen. So und nicht anders müsse der Bund handeln, wenn er seinen Grundlagen getreu bleiben wolle.“

Nach dieser Erklärung darf man vom Hansabunde, der angeblich die Reaktion zurückdrängen will, etliche Erwartungen richten.

„Kreuzzeitung“ und Frauenstag.

Mit Gott für König und Vaterland schimpft die „Kreuzzeitung“ auf den angekündigten sozialdemokratischen Frauenstag. Die politische und soziale Gleichheit der Frau sei in den Mittelpunkt der Veranstaltung „geschoben“ worden. „Die absolute Gleichberechtigung ist der Zukunftstraum, der die proletarischen Frauen an die Sozialdemokratie fesseln und ihnen die schwer widerzuhaltenen Geiste einer Sonderblindelei (?) definitiv nehmen soll.“ Die Sozialdemokraten „wissen auch ganz gut, daß diese völlige Gleichberechtigung nichts als eine Phrase ist.“ Aber für die Agitation, besonders für Wahlkampfberichte und für die Jugendverführung (!) sei „die rote Frauenbewegung“ der Sozialdemokraten wertvoll.

Die „Kreuzzeitung“ täuscht sich über die Wirkung solcher bloßen und nichtsverbündigen Angriffe. Sie lautet sie schimpft, um so eher werden die Frauen des Proletariats begreifen, wie notwendig es ist, sich gegen reaktionäre Niedertracht zu erheben.

Ruhrland.

Eine interessante Prophezeiung. Wie das Petersburger marxistische Wochenblatt „Sweida“ meldet, hat der Dumapräsident Guischkow einem Zeitungskorrespondenten erklärt, daß, wenn die Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Moskauer Nachwahlen für die Duma an Stelle des zurückgetretenen Kadetten Golowin einen populären Kandidaten aufstellen würden, der Sieg ihnen unzweifelhaft zufallen würde. Auch in der Statistischen Abteilung des Moskauer Stadtamtes ist man überzeugt, daß die Sozialdemokraten, im Falle sie bei den im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen für die vierte Duma einen regen Anteil nehmen würden, in Moskau einen sicheren Sieg erringen würden. Die Prophezeiung des Oktobertiflers, der die Verhältnisse in Moskau gut kennt, ist außerordentlich interessant. Guischkow erklärt offen, daß auch die bürgerlichen Wähler sich von den Oktobertiflern und Kadetten abgewendet haben und die Sozialdemokraten als die einzigen Verteidiger der Volksinteressen anzuerkennen beginnen. Bei rückergriger Wahlarbeit wird also auch unter dem Stolypinschen Schandgesetz unser Genossen der Erfolg sicher sein.

Amerika.

Ein Handstreich in Paraguay. Aus Paraguay eingetroffene Nachrichten aus amtlicher Quelle besagen, der Kriegsminister der Republik Paraguay habe den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Republik zum Rücktritt gezwungen; er selbst habe die Präsidentschaft übernommen und ein neues Kabinett gebildet.

Japan.

Über das Klaffenurteil meldet ein bürgerliches Blatt: Für 12 von den 24 verurteilten Männer ist eine verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt worden. Kotoko und die angeklagten Frauen werden hingerichtet werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Treitig, den 20. Januar.

Wo zu Geld vorhanden ist. Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung auf Vortrag des Senates 1400 M. zu Staatspreisen für die Segelmutterfahrt des Lübeck-Gotha-Klubs und weiter gar 2500 M. zur Auslegung eines Preises für das Pferderennen des Lübeck-Travemünder-Kennclubs auf dem Priwall. Während man auf der einen Seite gar nicht weiß, woher man das Geld für die notwendigen Aufgaben des Staates nehmen soll und ungerechte Steuern fordert resp. beschließt, wirft man auf der anderen Seite Tausende von Mark für die Vergnügungen reicher Sporthelden zum Fenster hinaus. In Lübeck machen wir das so!

Pflasterungs- und Steinbearbeitungen. In einer Kommission verwies der Bürgerausschuß einen Senatsantrag, der verlangt, daß die Landdeputation ermächtigt werde, im Rechnungsjahr 1911 a. für die Reinigung der Straßensteile 18 500 M. b. als Beitrag des Staates für die Pflasterung der chaussierten Tortstrassen 4800 M. c. für Löschung von 4 Wegewäldern 4600 M. d. als Beitrag des Staates für die Pflasterung der Roedelstraße und der Jürgensdorfer Allee mit Kleinpflaster 4200 M. zu zusammen 32 100 M. zu verwenden und ferner 1. die Regulierung und teilweise Neupflasterung der Fahrbahn an der Untertrave von der Braunstraße bis zur Mengstraße (10 000 M.); 2. die Neupflasterung der Fahrbahn in der Rabebrüder Allee vom Möhlhäuser Weg bis zur Rahelhorststraße (16 000 M.); 3. die Neupflasterung der Straße An der Mauer von der Hürstraße bis zur Weberstraße (20 000 M.); 4. die Neupflasterung der Straße An der Obertrave von der Marlesgrube bis zur Danzigerstraße (6400 M.); 5. die Befestigung der Straße Am Lindenplatz von der Bahnhofstraße bis zur Lübeck-Mönchstraße (4000 M.); 6. die Neupflasterung und Verbreiterung der Dorfstraße von der Moislinger Allee bis zur Meterstraße (29 000 M.); 7. die Umlegung und Verbreiterung des westlichen Klinkersteiges in der Moislinger Allee vom Grundstück Nr. 2 c bis zur Dorfstraße (1350 M.); 8. die Befestigung des südwestseitigen Bürgersteiges im Kreuzweg von der Hansastrasse bis zum Kettenreich (700 M.); 9. die Unterhaltung der Straßen, Bürgersteige und Stiele im allgemeinen (100 450 M.). Nach Ausführung der unter 2, 3, 4 und 6 bezeichneten Arbeiten ist von den Anliegern die Straßenbaubagage nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. März 1908 zu erheben. Für das Rechnungsjahr 1912 werden folgende Arbeiten in Aussicht genommen: 1. Neupflasterung der Straße An der Mauer von der Fleischhauerstraße bis zur Hürstraße 10 000 Mark. 2. Regulierung und Neupflasterung der Dorfstraße von der Meterstraße bis zur Emilienstraße 17 000 M. 3. Neupflasterung der Schilfstraße mit Schlackensteinen 16 400 Mark. 4. Neupflasterung der chaussierten 5,9 M. breiten Fahrbahn in der Kronsforder Allee von der Geniner Straße bis zum Krankenhaus 36 600 M. 5. Neupflasterung der Straße Am Lindenplatz mit Schlackensteinen 11 000 M. Summa 90 000 M.

Eine gutbesuchte Eisenbahner-Versammlung fand hier am Sonntag in den „Central-Hallen“ statt; in derselben referierte der Kollege Wölff-Paschburg über das Thema: Sind die Löhne der Eisenbahner noch als zeitgemäße zu betrachten? Redner ging zunächst auf die verschiedenen noch teilweise recht niedrigen Löhne der Eisenbahner ein und führte an der Hand von Ziffern den Unwesenden klar vor Augen, welche großen Anforderungen an die Arbeitskraft und deren

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 17.

Freitag, den 20. Januar 1911.

18. Jahrg.

An die Parteigenossen und Genossinnen des Fürstentums Lübeck!

Am Sonntag, dem 22. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn L. Paetzau in Fackenburg eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz für das Fürstentum Lübeck statt.

Wir machen die Gemeindevertreter des Fürstentums darauf aufmerksam, daß sie nach dem Generalversammlungsbesluß in Schwartau sämtlich an dieser Konferenz teilzunehmen haben.

Tagesordnung:

1. Die Forderungen und Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Ref.: Soh. Stellung-Lübeck.

2. Die reformbedürftige Gemeindeordnung des Fürstentums

Ref.: Soh. Ball.

Alle Parteigenossen und Genossinnen, die Interesse an der Konferenz haben, sind freundlich eingeladen.

Mit Partei-Gruß

H. Fick, Stockelsdorf.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. Januar 1911.

III. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatliche: Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Reichswertzuwachssteuergesetzes.

Graf Westarp (R.) befürwortet einen Antrag zum § 10a, Aufwendungen für Bauten und Verbesserungen auch dann dem Erwerbspreis zuzurechnen, wenn sie der laufenden Unterhaltung dienen. Der Antrag solle keineswegs bloß den Landwirten zugute kommen.

Dr. Weber (M.) äußert Bedenken gegen den Antrag. Dr. Pottkoff (FDP): Die berechtigten Abzüge für Meliorationen sind bereits im § 10 Biffer 3 gestattet. Der Antrag muß daher abgelehnt werden.

Direktor im Reichsschahamt Kühn ist ebenfalls der Meinung, daß Biffer 3 zu § 10 genügt, worauf Graf Westarp seinen Antrag zurückzieht.

Nach § 10 b sollen Enteignungsentschädigungen und Entschädigungen für Bruchschäden von dem Erwerbspreis abgezogen werden.

Herold (D.) beantragt namens seiner Fraktion, den § 10 b zu streichen. Es liegt dafür kein Grund vor.

§ 10 c bestimmt, daß dem Erwerbspreis von dem Betrag bis zu 100 Mf. pro Hektar (bei Weinbergen bis zu 200 Mf.) für jedes Jahr 2½ Prozent zuzurechnen sind.

Trimborn (D.) befürwortet, statt 200 Mf. 300 Mf. pro Hektar zu setzen.

Cuno (P.) beantragt den zuzurechnenden Zinsfuß auf 4 Prozent zu erhöhen. Nachdem die Rechte den landwirtschaftlichen Grundbesitz so sehr bevorzugt hat, seien wir nicht ein, warum wir den städtischen Grundbesitz so sehr belasten sollen. Heute wollen wir das Gesetz schon lieber so gestalten, daß überhaupt nichts übrig bleibt.

Graf Westarp (R.) bestreitet den agrarischen Charakter des Gesetzes.

Dr. Pottkoff (FDP): Die Regierungsvorlage enthielt einen bürgerreformatorischen Gedanken, der aber jetzt fast ganz verschwunden ist und immer mehr verschwindet, so weiter diese sogenannte Plenarberatung, die eigentlich eine vierte Kommissionsberatung ist fortgeführt. Ich werde gegen den ganzen Paragraphen 10 e stimmen.

Direktor im Reichsschahamt Kühn: Durch die Kommission ist das Gesetz bereits so gestaltet, daß in einer ganzen Reihe von Orten, welche eine Wertzuwachssteuer haben, die Steuerzahler durch Einführung des Gesetzes erheblich entlastet werden. Bei der Beratung hier im Plenum wird das Verteilen der Entlastung noch fortgesetzt. Danach liegt die Gefahr vor, daß das Gesetz für die Verbündeten Regierungen extrageologisch und als verloren gilt.

Reichsschahssekretär Wermuth: Ich möchte diese Ausführungen unterstreichen und dringend davon warnen, über die Kommissionsbeschlüsse noch hinauszugehen.

Kaab (Wirtschaft. Bdg.) schließt sich dieser Bitte an; am besten wäre es, den ganzen § 10 c zu streichen.

Derkert (Sp.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs würden wir, um das Gesetz nicht scheltern zu lassen, nur die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Die Diskussion schlägt, die Abschwächungsanträge Cuno und Trimborn werden angenommen und dann der so umgestaltete § 10 c.

§ 11, Abs. 1 besagt, wenn der Erwerb des Grundstückes auf einem steuerfreien Rechtsvorgang beruht, so ist für die Bemessung des Wertzuwachses von dem Preis zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorganges auszugehen.

Abs. 2 verleiht dem Gesetz rückwirkende Kraft bis zum 12. April 1910. Liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang mehr als 40 Jahre zurück vor Eintritt der Steuerpflicht, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück 40 Jahre vor Eintritt der Steuerpflicht hatte. Liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang vor dem 5. Januar 1885, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück vor dem 1. Januar 1885 hatte.

Dr. Arndt (Sp.): Der erste Absatz ist mit Recht eine indirekte Erbschaftsteuer genannt worden. Trotzdem macht er für mich das Gesetz noch nicht unannehmbar. Ganz unannehmbar aber für mich ist es durch die rückwirkende Kraft und die Rückbezehrung auf den Wert vor 40 Jahren resp. das Jahr 1885.

Graf Westarp (R.) und Cuno (P.) erklären die Bedenken des Abg. Arndt für übertrieben.

Die Bestimmungen über die rückwirkende Kraft und die

Rückbezehrung auf den 1. Januar 1885 werden zurückgestellt, Abs. 1 und 3 des § 11 werden angenommen.

§ 12 ist von der Kommission gestrichen. Nach der Regierungsvorlage berechtigte er die Gemeinden, mit Genehmigung der Landesregierung zu bestimmen, daß bei Bemessung des Wertzuwachses Erwerbsvorgänge berücksichtigt werden, die vor dem im § 11 bezeichneten Zeitpunkt liegen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will die Regierungsvorlage wiederherstellen.

Brühne (Soz.) begründet den Antrag. Man hat uns mehrmals zugesehen, wie seien die reine Regierungspartei (HdK). Unsere Stellung beweist aber nur, daß wir das Gute und sogar das relativ Gute auch von der Regierung entgegennehmen, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen. Unser Antrag ist gestellt worden namentlich im Interesse der rheinisch-westfälischen Gemeinden, die unter der Steuerlast geradezu zusammenbrechen. Sind doch Zuschläge von 250 Prozent keine Seltenheit. Anderseits ist gerade dort der allergrößte Wertzuwachs zu verzeichnen. Ich weiß, daß auch in Süddeutschland starke Stimmung für die Annahme unseres Antrages vorhanden ist. So hat sich z. B. der Bayerische Stadtrat im gleichen Sinne ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir bitten dringend im Interesse der Gemeinden, unseren Antrag anzunehmen.

Dr. Weber (M.), Dr. Neumann-Hofer (P.) und Arndt (Sp.) wenden sich gegen den Antrag, der in der Praxis zu großen Unzuträglichkeiten führe.

Brühne (SD) weist die Einwände zurück und tritt erneut für den Antrag ein.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Es bleibt also bei der Streichung des § 12.

§ 13 wird debattierlos in der Kommissionssitzung angenommen.

§ 14 lautet in seinem letzten Abschnitt nach der Kommissionssitzung: Werden Teile eines örtlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Grundbesitzes durch verschiedene Rechtsvorgänge von dem gleichen Veräußerer oder von seinen Erben innerhalb zweier Jahre übertragen, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, von dem Wertzuwachs des einen Teiles einen bei der Veräußerung anderer Teile eingetretenden Verlust abzuziehen.

Die Abg. Cuno u. Gen. (P.) beantragen, statt zweier Jahre zu sagen: drei Jahre.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (SD) beantragen, den Absatz zu streichen.

Ein Regierungsvorsteher spricht sich für die Streichung und gegen die Verlängerung der Frist aus.

Kießel (SD): Bei den Veränderungen der vorigen Paragraphen könnten wenigstens zum Scheine mittelständische Interessen ins Feld geführt werden. Die Veränderung dieses Paragraphen durch die Kommission ist aber ganz

ersichtlich im Interesse der Groß-Spekulanten und der großen Terrainbesitzer beschlossen worden. Ich freue mich, daß auch einmal ein Regierungsvorsteher offen für unseren Antrag eingetreten ist. Es liegt wirklich kein Grund vor, der Steuerfreiheit alter Schattierungen entgegenzukommen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Neumann-Hofer (P.): Es kommt bei dem Gesetze doch nicht allein darauf an, die Interessen der kleinen Leute zu wahren, sondern auch auf Gerechtigkeit und zwar auch auf die Gerechtigkeit gegenüber den „Großen“. (Sehr wichtig!) rechts.) Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wenn wir auch nicht gerade entscheidenden Wert darauf legen. (Weißfall b. d. P.)

Graf Westarp (R.) protestiert in erregtem Tone gegen die Angriffe des Abg. Bleck (Zuruf: Bleck), die derselbe gegen die Kommission gerichtet hätte.

Der Antrag Cuno wird (da die erste Abstimmung zweifelhaft ist, durch Hammelsprung, mit 126 gegen 118 Stimmen angenommen. Darauf wird der so geänderte Abschnitt 3 mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokratien behalten.

§ 15 zählt die vom Veräußerungspreis zulässigen Abzüge auf.

Die Abg. Cuno und Gen. (P.) beantragen die Zulassung noch weiterer Abzüge. (z. B. Propaganda und Reklameosten.)

Bogel (M.) beantragt ebenfalls weitere Abzüge im Interesse der Bergwerksbesitzer.

Staatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung der Anträge. Man führt darin ein wahres Labyrinth von Abzügen und Berechnungen auf.

Brühne (SD): Zuerst suchten die Bergwerksinteressenten die Einbeziehung der Bergwerke überhaupt zu hinterziehen, unter der Vorstellung, daß beim Bergwerken es überhaupt keinen verdienten Wertzuwachs gebe. (Heiterkeit b. d. Soz.). Nachdem ihnen das nicht gelungen ist, suchen die Herren auf dem Umwege von Durchlöcherungsanträgen ihr Ziel zu erreichen. Wir bitten dringend um Ablehnung dieser Anträge. (Weißfall b. d. Soz.)

Kaab (Wirtschaft. Bdg.): Der schwächste von allen Abschwächungsanträgen ist wohl der auf Einberechnung der Propaganda- und Reklameosten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch der mindest begabte Kapitalist kann sich nach Annahme dieses Antrages von der Steuer freisen. (Heiterkeit und Weißfall rechts.)

Kaab (WBG.): Der schwächste von allen Abschwächungsanträgen ist wohl der auf Einberechnung der Propaganda- und Reklameosten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch der mindest begabte Kapitalist kann sich nach Annahme dieses Antrages von der Steuer freisen. (Heiterkeit und Weißfall rechts.)

Cuno (FDP) polemisiert gegen den Vorredner. Abzug der Propagandakosten sei durchaus berechtigt.

Die nationalliberalen und fortschrittlichen Abschwächungsanträge werden teils abgelehnt, teils zurückgewiesen und § 15 im wesentlichen in der Kommissionssitzung angenommen.

Die §§ 16—19 werden debattierlos in der Kommissionssitzung angenommen.

§ 20 enthält die Steuerkala.

Marx (S.) beantragt Verabsiedlung der Sache für den vor dem Jahre 1900 seit Jahrzehnten in festen Händen befindlichen Betrieb.

Dr. Sudekum (SD): Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar, daß er in so offener Weise den klassencharakter des Gesetzes enthüllt. (Sehr wichtig bei den Soz.) Also diejenigen Kreise des Volkes, die schon lange im Besitz sind, sollen erneut

vor den Beihilflosen privilegiert werden.

Das paßt allerdings vorzüglich hinein in den Gedankengang der im Zentrum mäzenhaften Kreise. Aber es

fragt sich doch noch, ob die katholischen Arbeitersassen des Zentrums mit dieser neuen agrarischen Privilegierung einverstanden sein werden. Wir bitten dringend um Ablehnung dieses Abschwächungs- und Verschlechterungsantrags. (Weißfall b. d. Soz.)

Dr. Weber (M.) meinte, es läge ein durchaus berechtigter Gedanke in dem Antrag Marx. Dass die Sozialdemokratie ihn ausschließen würde, sei natürlich zu erwarten gewesen. Die Sozialdemokratie habe keinen Sinn für die Interessen einer bodenständigen Arbeiterschaft. (Weißfall b. d. Soz.)

Staatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung des Antrags. Seine Annahme müsse die finanziellen Erträge der Steuer noch weiter herabdrücken.

Dr. Arndt (Sp.): Der Antrag des Zentrums ist gut gemeint, er will den Übergang erleichtern, ich glaube aber, er ist nicht zweckmäßig gefaßt.

Marx (S.) wendet sich gegen die Bedenken des Abg. Arndt und bestreitet gegenüber dem Abg. Südekum, daß es sich um ein Klassegeschäft handle. Die Versuche der Sozialdemokratie, die katholische Arbeiterschaft dem Zentrum absprödig zu machen, seien zur Erfolglosigkeit verurteilt. (Weißfall b. d. Soz.)

Dr. Südekum (SD): Mit Recht hat der Staatssekretär darauf hingewiesen, daß die Annahme des Antrages Marx den ganzen Zweck des Gesetzes vereiteln würde. Herr Weber hat behauptet, daß von der Annahme des Antrages Marx auch viele Kreise der Arbeiterschaft Vorteile hätten. Nun, solche Arbeiterschaften lege er mal auf den Tisch des Hauses nieder (Große Hs.), die von dieser Privilegierung des festen Grundbesitzes Vorteile haben würden. Über auch wenn einzelne Arbeiter davon Vorteile haben sollten, so würde das unsere Stellung gegenüber diesen Anträgen nicht ändern. Es handelt sich hier doch, wie wir immer wieder hervorheben müssen, um keine Vermögenssteuer, sondern um eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. (Sehr wichtig! b. d. Soz.)

Der Privatbesitz am Grund und Boden hat geradezu einen Monopolcharakter angenommen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Die Besitzer von Grund und Boden haben sich die übrigen Volksgenossen

geradezu ironisch

gemacht. Darum eben ist die Wertzuwachssteuer eine unabdingte politische wie soziale Notwendigkeit, an deren Erfüllung die Nichtbesitzenden in hohem Maße interessiert sind. Ich bitte nochmals um die Ablehnung der Abschwächungsanträge. Im übrigen gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Spekulation des Zentrums auf die Einsichtlosigkeit der katholischen Arbeiter eines Tages doch noch schlägt.

Inzwischen ist ein Antrag Weber (M.) eingegangen, welcher die im Antrag Marx vorgeschlagene Schonung des langen in derselben Hand beobachteten Grundbesitzes etwas abschwächt.

Cuno (FDP) bekämpft den Antrag Marx.

Der Antrag Marx wird abgelehnt; der Antrag Weber und mit ihm § 20 angenommen.

Dann wird Abs. 4 des § 11 (Rückbezehrung auf den 1. Januar 1885) nach Zurückziehung des dazu gestellten Antrages angenommen.

Desgleichen § 21.

§ 22 bestreit von der Steuerpflicht das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden, sowie gemeinnützige Vereinigungen, die sich mit innerer Kolonisation, Arbeitersiedlung, Grundentwicklung, Wohnungsbau für die minder bemittelten Klassen befassen.

Korffau (B.) begründet einen Antrag, die Steuerfreiheit der Bundesstaaten zu streichen und sie den gemeinnützigen Vereinen nur zu gewähren, wenn sie bei ihrer Tätigkeit keine Rücksicht auf die Abstammung derjenigen nehmen, denen sie zugute kommen sollen. Nur dann werde man verhindern, daß das Gesetz zu seiner guten Tradition zurückkehren, keine Ausnahmegesetze gegen die Polen werden. Der Reichstag möge zu seiner guten Tradition zurückkehren, eine Tradition, die nur in der Zeit des Bismarck-Blocks durchbrochen wurde, als die Freiherrschaften für den Sprachen-Paragrafen und die Ostmarkenzulagen kündigten. (Lebhafte Scher gut! bei den Polen und den Soz.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluss 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Strafkonto der Parteipresse. Wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Richter verbüßt Cuno von der Erfurter Tribüne gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Wegen der Bemerkungen, die dem Gerichtsbericht angefügt waren, hatte er sich am Dienstag vorneiem vor der Erfurter Strafammer zu verantworten. Diesmal fühlten sich Königsberger, Breslauer und Erfurter Richter und Staatsanwälte beleidigt. Der Angeklagte wurde dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Glasarbeiter! Auf der Glashütte in Mainhausen, Bezirk Kassel, besteht Vorwurf, daß der Fabrikant von der Mitgliedern des Zentralverbandes der Glasarbeiter ausgebrockt. Der Inhaber der Firma

geboten. In stark besuchter Versammlung beschlossen die Arbeiter, alle Betriebe zu sperren, die sich einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse widersetzen; am 21. Januar soll eventl. das Arbeitsverhältnis gefündigt werden.

Lohnbewegung in den Kinderwagenfabriken in Bielefeld. In der Kinderwagenfabrik in Bielefeld sind rund 2000 Arbeiter beschäftigt. Bielefeld ist das Hauptzentrum für diese Industrie in Deutschland. In der größten Fabrik (G. A. Münch) werden gegen 500 Arbeiter beschäftigt, während die übrigen Arbeiter sich auf weitere 11 Betriebe verteilen. In Frage kommen hauptsächlich Schuhmacher, Stellmacher, Waschmaschinen- und Metallarbeiterverband sowie die Verbände der Sattler, Maler und Lackierer. Die Arbeiter fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden pro Woche. Neben dem Ausgleich steht Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Stundenlohn um 5 Pf., einen Mindestlohn von 45 Pf. für Arbeiter über 20 Jahre alt, für Hilfsarbeiter von 36 Pf. und für Arbeitnehmer von 25 Pf. pro Stunde, sowie einen Aufschlag von 15 Proz. auf alle Wkdfordpreise. Zu bemerken ist, daß für die übrige gesamte Holzindustrie in Bielefeld die 54-stündige wöchentliche Arbeitszeit vertraglich festgelegt ist. Die Forderungen sind den Fabrikanten am Montag unterbreitet und haben die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen um baldige Antwort gebeten. Von dieser wird es abhängen, ob der Friede gewahrt bleibt. Die bisherigen Löhne sind so niedrig, daß dieselben dringend einer Aufholung bedürfen. Wochendienste für verheiratete Arbeiter von 15–17 Mk. sind keine Seltenheit.

Der Kampf in den Röthaer Rauchwarenzurichtereien ist jetzt allgemein, da nunmehr sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer im Streik stehen. Die Gesamtzahl der Angehörigen und Ausständigen ist 320 und zwar 121 verheiratete und 81 ledige Kürschner und 116 Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, die Ausförderung der Kürschner aufzuhören, wenn sich die Firma Rötha des Kürschnerverbandes den Beschlüssen ihres Verbandsvorstandes und ausschließlich fügen, die entgegen einem früheren Beschuß des Ausschusses gemeinschaftlich die Wiederaufnahme der beiden ausgeschlossenen Mitglieder beschlossen haben. Die Röthaer Verbundemitglieder erklären jedoch den Ausschuß der beiden Schürenbrüder als Angehörigkeit der Mitglieder, in die die Unternehmer nichts hineinzurechnen haben und so geht der Kampf in verschärfter Form weiter. Von den Streikbrechern haben drei Rötha wieder verlassen, da ihnen der versprochene Lohn nicht ausgezahlt und ihnen auch nicht mitgeteilt worden war, daß in Rötha Streik sei.

Hüttenarbeiterkampf.

Die Verwaltungsstelle Bochum des Metallarbeiterverbandes hat im Auftrage einer großen Versammlung von Arbeitern des Bochumer Vereins eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Reichstag erfuhr, wie den schon vor Jahren geforderten Schutz für Hüttenarbeiter in Angriff zu nehmen. Es wird sowohl der Schutz gegen Unfallgefahren, wie auch gegen Gesundheitsgefahren gefordert. Ein neuer Auflauf zu dieser Forderung gab das entsetzliche Unglück in der Stahlgießerei des 7000 Arbeiter beschäftigenden Bochumer Vereins am 10. Dezember, wobei so heißt es in der Eingabe, während des Gießens das Gehänge einer Gießkanne zertrümmerte. Diese stürzte, und ihr glühend heißer Inhalt verbrannte vier Arbeiter in grauähnlicher Weise. Drei wurden förmlich überhüttet mit dem glühenden Flüssigkeitsbaden in ihm und wurden sofort. Der vierte Arbeiter vermochte sich brennend, noch etwas beiseite zu flüchten, er lag aber auch den erhaltenen furchtlichen Brandwunden. Diese Katastrophe hat beispielsohne eine große Erregung in der Arbeiterschaft ausgerufen, jenseitig in dem Betrieb schärfere Maßnahmen vorgenommen und.

Wie von Radleuten berichtet wird, hätte das Unglück verhindert werden können, wenn erstens das Gehänge von Zeit zu Zeit angezeigt worden wäre, um das Material einsichtlich zu erhalten. Die Brüderlichkeit zeigte die charakteristischen Merkmale hoher Solidarität des Materials! Aus anderen, ähnlichen Weben wird die Manipulation des zentralen Ausgängens der regelmäßige benötigte Gefüge, Ketten, Haken, Zangen usw. tatsächlich geübt. In dem fraglichen Betriebe des Bochumer Stahlwerks soll es auch geschehen sein — aber erst nach dem großen Unglück!

Der Raum in der Gießerei sei so beschränkt, daß die Arbeiter über das Material stoßen. Das Jagen, Kosten und Antreiben sei so unverträglich, daß Unglücksfälle nicht ausbleiben könnten.

Über die Arbeitszeit wird in der Eingabe gesagt, daß sie in der Regel noch eine zwölfstündige sei. Das dem Beirat des Gewerbeinspectors gehe hervor, daß die weitzu meiste Neu- und Betriebsarbeiter in der Großbetriebsindustrie regelmäßige Schichten von 12 und 13 Stunden zu machen. 45,7 Proz. der fraglichen Arbeiter machen ebenfalls noch Überzeitenarbeit. Ein Fall wird verzeichnet, wo der betreuende Arbeiter sogar eine 27-stündige Schicht absolvierte! Wohl hat die Bundesstaatsverordnung vom 19. Dezember 1908 für die Großbetriebsindustrie gewisse Rationen vorgeschrieben, aber auch aus dem Bericht des Gewerbeinspectors ist zu entnehmen, daß die Betriebsleiter selbst Arbeit unterbrechungen von 10 Minuten an als "Pausen" in Unterschreitung bringen. Doch hierdurch der Zweck der Betriebszeitverordnung, nämlich den Arbeitern regelmäßige Ruhezeiten innerhalb der Schicht zu verschaffen, ist historisch geworden, bedürfe keiner Erläuterung.

Weiter liegt die Eingabe über die notwendige und mögliche Betriebskontrolle der Gewerbeinspectoren ausführlich. Es sind zahlreiche Vorschläge gemacht, doch die Maßnahmen in den Hüttenbetrieben von seiner Berufsgruppe nicht einmal im Vergleich erreicht würden. Die auswärtigen Gewerbeinspectoren seien laut eigtem Einverständnis wegen Arbeitsüberhäufung nicht in der Lage, die Betriebe einer so eingehenden Kontrolle zu unterziehen, als

mit Rücksicht auf die übliche Produktionsmethode nötig sei. Der Ursberger Beiratsschreiter teilt mit, daß 1909 nur 4897 (52 Proz.) der zu inspezierenden Anlagen mit 189 684 (84 Proz.) Arbeitern besucht worden seien. Revidiert sei überhaupt 8231 mal in 1908; also ginge die Revolutionsfähigkeit noch zurück! Jeder Betrieb wurde im Jahre nur 1 bis 2 mal besucht! Infolgedessen sei leicht erfürchtlich, warum zahlreiche Hütten- und Walzwerksarbeiter während einer vierzehn Arbeitstage an ihrer Arbeitsstelle liegen. Es sei ihnen also keine Möglichkeit gegeben, den Revolutionsbeamten an Ort und Stelle von dem Vorhandensein lebensgefährlicher Betriebsmittelstände zu unterrichten. Sie wuchern weiter und zerstören Gesundheit und Leben der Arbeiter. So sei zu konstatieren, daß in den Jahren 1908 und 1909 bis zur Fertigstellung am 9. Mai 1909 eines Hochofens auf der Henrichshütte in Hattingen vierzehn Arbeiter zu Tode kamen. Die leichten vier erstickten infolge einer Gasentweichung, die sich hätten verhüten lassen können, wenn eine strenge Betriebskontrolle stattfand. Kaum eine Woche verging ohne schwere Hüttenwerksschäden. Beispielsweise wurde am 28. Dezember 1910 auf den Westfälischen Stahlwerken in Bochum ein Reparaturfacharbeiter unter einem Walzen-Blockstock tödlich erdrückt! Am 27. Dezember 1910 wurde auf demselben Werk ein Vorarbeiter in einem Sammelloch für Drehsäne usw. tödlich zerquetscht! Beinbrüche, Armeschüttungen, Verbrennungen usw. kommen auf den großen Eisenwerken alltäglich vor; eine gezielte Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst zehn und für die Feuerbetriebsarbeiter auf 8 Stunden würde neben der Verschärfung der Betriebskontrolle zweifellos Besserung schaffen.

Ein anderer Abschnitt, die Unsicherheit der Entlohnung, trug ebenfalls zu der Drangsalierung der Hütten- und Walzwerksarbeiter bei. In der Regel misse keiner, für welchen Lohn er arbeitet, darüber werde bei der Arbeitsannahme nichts gelagt. Aber auch die Arbeiter, die lange auf dem Werk schaffen und in sogenannten "Afford" bezahlt werden, wissen selten vor dem Lohnstage, was sie verdient haben. Wieviel ihnen pro 1000 Kilo Guß oder pro Stück an Akkordlohn verrechnet werde, das wissen diese Arbeiter nicht. Es werde mit ihnen kein regelrechter Afford vereinbart, sie befäumen keinen schriftlichen Vertrag über den abgeschlossenen Akkord und daraus entstanden fortwährend Differenzen. Es sei dringend zu wünschen, daß die Gesetzgebung hier regelnd eingreife, damit der Willkür ein Riegel vorgeschoben würde.

Wegen des Gesundheitsschutzes sagt die Eingabe weiter: In den meisten Fällen ist für den Schutz der Arbeiter gegen den qualvollen Rauch, gegen Wind und Wetter, keine oder nur unzureichende Vorsorge getroffen. Hier und da sind in den letzten Jahren geschützte Aufenthaltsräume für die pausierenden Arbeiter hergerichtet worden, wo sie ihre Speisen zu sich nehmen, sich waschen und baden. Aber fast alle diese Einrichtungen sind durchaus unzureichend, viel zu klein oder so gelegen, daß die Arbeiter sie nicht benutzen können. Es ist anzugeben, daß viele Arbeiter die Notwendigkeit und Wohltat eines regelmäßigen Gebrauchs der Badeeinrichtungen noch nicht erkannt haben, sie darum nicht bemühen. Aber man würde mit einer entsprechenden Bekanntmachung auf diese Arbeiter umso besser einwirken können, wenn ihnen die Benutzung der sanitären Einrichtungen leichter gemacht würde. Heute müssen sie unter Umständen stundenlang auf den Zutritt zu den Reinigungsanstalten warten, weil sie viel zu klein sind. Es liegt aber, durchaus im Interesse der Fabrik, daß sie Einrichtungen schafft, die in ausreichendem Maße den Arbeitern ermöglichen, ihren Körper zu pflegen, damit er widerstandsfähiger gegen die gesundheitsschädlichen Einflüsse des Betriebes wird. Das würde ein Verabreden der sehr hohen Krankenziffern unter den Hütten- und Walzwerksarbeitern bewirkt und der Industrie eine leistungsfähige Arbeiterschaft erhalten werden.

Aus Nah und Fern.

Protest der Wobditer Gründelbäcker. Am Dienstag protestierte der Wobditer Gründelbäckerverein gegen die Auflösung des Staatsanwalts Gerichts über die fiktiven Quantitäten von Wobditer Haushaltsgutern. Es soll eine Liste von mindestens 1000 Wobditer Haushaltsgutern aufgestellt werden, die nachweisen können, daß ihr Haushalt vor anständigen Bürgern bestohlen werde. Die Liste soll dem Staatsanwalt mit der Auflösung überreicht werden, seine Anklagen zurückzuweichen. Gleichzeitig das nicht, soll der Finanzamtsweg beschritten werden.

Schweres Brandunglück. In Köln ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch ein schweres Brandunglück. Bei der Humboldtakademie geriet ein Strohlochbock in Brand. Die Feuerwehr kam, nachdem sie den Brand gelöscht hatte, einen Kürassier des Kurhessischen Regiments in Denz mit tödlichen Brandwunden in der Nähe. Der Soldat erklärte, daß er desertiert sei und dort genötigt habe. Mit ihm sei gleichzeitig noch ein anderer Kürassier desertiert. Man nimmt an, daß der Mann verbrannt ist.

Befürwortung der Lateinschule durch die Petitionskommission. Der Bericht für Wissenschaft &c. in Köln hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, um der "Antiqua", der Lateinschule, allgemeine Geltung in inneren und internationalen Verkehr zu verschaffen. Es soll dadurch der für Schule und Verkehr so belangreiche und unter Volkstum in immenser Weise schwere Schädigung Zustand der zweiten Schule beendet werden. Die Petition fordert die Unterbringung alter Farben, so wurde der Regierung eine Klärung zur Verbindungslinie überlassen.

Deforierte Lehrer. In Hessen hatten einige Lehrer Ordensauszeichnungen abgelehnt, weil der Charakter der Orden nicht ihrer sozialen Stellung entspreche. In einem Beschuß erfuhr nun der hessische Ministerpräsident die Regierung, so lange keine Lehrer zur Deforation vorzuschlagen, als sich die Regierung nicht entschließen könne, allen Lehrern den

gleichen Orden zu gewähren. Die hessischen Volkschulrechts werden glauben, jener Beschuß sei "eine manhaftes Tat".

Gut gegen für lästige Arbeitsklaven! Standöse Zustände herrschen, wie das "Göttinger Tageblatt" meldet, in den Arbeiterwohnungen eines großen Gutes in einem Dorfe des Kartäters. Dorf haben sich die Ratten in dem häuslichen Gebäude eingeschossen. In einer der letzten Nächte sind eine meinjährligen Kind und beide Hände von den Tieren abgegängt worden. Einer jungen schwangeren Frau ließen nachts mehrere Ratten über den bloßen Körper. Geschreck trat bei ihr eine Frühgeburt ein; die Frau schwedt nun in größter Lebensgefahr. — Zu bedauern ist, daß der Name des Dorfes und des Gutsbesitzers nicht genannt sind.

Zigarrenschmuggel. In Emmerich, an der niederländischen Grenze, sind umfangreiche Zigarrenschmuggelaktionen entdeckt worden, durch die der preußische Justiz um über 25 000 Mk. Zollgebühren verachtigt wurde. Der Schmuggel ist über drei Jahre, angeblich von niederländischen Zugbeamten, ausgeführt worden. Die Beteiligten sind größtenteils verhaftet.

Vier Kinder erstickt. In Saalfeld erstickten bei einem Stubenbrand in der Schulstraße am Donnerstag vormittag vier Kinder des Fabrikarbeiters Solbrig. Zwillinge von fünf Jahren, ein Kind von drei Jahren und ein Kind von einem Jahr.

Zusammenstoß mit Wilderer. Bei Köln erfolgten in den letzten Tagen mehrfach Zusammenstöße zwischen Wildlebend und Förster. In einem Hause wurden von mehreren Wildlebenden Schlüsse auf einen Förster abgefeuert, worauf dieser sich zur Wehr setzte und einen der Wildlebende schwer verwundete. In einem andern Fall wurde ein Wildlebender von einem Förster nachts erschossen.

Unter schwerem Verdacht. Aus Marburg wird gemeldet: Unter dem Verdacht, den Tod an der achtjährigen Susanna Traub begangen zu haben, wurde der Schlosser Heinrich Hess verhaftet, der im gleichen Hause in der Bessungerstraße wohnt. Hess hat am Montag nachmittag das Kind zu dieser Zeit allein im Hause, das von vier Familien bewohnt wird. Der Verdacht gegen Hess wird durch die Tatsache verstärkt, daß er den Teal des Spiekers, auf dem die Leiche gefunden wurde, gemietet hat. Alles Anschein nach ist das Kind noch lebend in den Sack gezwingt worden.

Winzerunruhen in Frankreich. Aus Epernay wird gemeldet: Mittwoch abend fanden Vorräte statt, wo der Staatsanwalt auf dem Bürgermeisteramt mehrere Zeugen über die Plünderungen der Winzer in Damery vernahm. Als sich das Gericht verbreitete, zwei Winzer würden verhaftet werden, schlug die Menge die Fenster des Saales ein, in dem das Gericht stattfand, und schoß Pölzer ab, um die Winzer der Umgegend zu alarmieren. Es als der Staatsanwalt sich entfernte, ohne Verhaftungen vorgenommen zu haben, zog die Menge ab. — Die Weinbauer setzten in der Mittwochnacht die Kundgebungen fort. Um Mitternacht zog ein Hause in Begleitung von Frauen unter Absingen revolutionärer Lieder und unter Vorantragnung von roten Fahnen nach Hautpüller, mit Hosen und Hämtern bewaffnet, erbrach eine Menge Fässer in Verhet und Bocquillon. Ließ 400 Helferlein Wein durch Einschlägen der Böden von 210 Fässern auslaufen und zog flüchtig ab, bevor die Behörden eintreten konnten. — Der Ministerpräsident Briand ordnete besondere Maßnahmen an, um einer Wiederholung der Unruhen in der Champagne vorzubeugen. Die Regierung findet die Bölgänge unerklärlich, da für die Winzer Unterstüzungsbefreiung gewilligt wurden und auf die Unterdrückung der Weinfälschungen hingearbeitet wird. — Der Bürgermeister von Epernay erfuhr den Unterpfeifen, alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, da er außerstande sei, angesichts der erregten Stimmung die Aussetzung der der Ordnung zu verbieten. — Eine andere Meldung bringt folgende Einzelheiten: In Damery plünderte eine Menge Winzer den Weindepot eines Champagnerhändlers vollständig. Die Winzer zerbrachen 70 000 Flaschen Champagner, stürzten die Weinfässer um und schlugen den Boden derselben durch und zerstörten alle Werbezettel. Auch ein Rollwagen mit einer Ladung von 2500 Flaschen Champagner wurde gesäubert und der Wein in die Marne gegossen. Die Verfälschung des Weinzelles ist darauf zurückzuführen, daß der Inhaber der von der Weinfälschung betroffenen Champagnersfirmen, Bélier, der Weinfälschung beigewilligt wurde. Als die Vertreter der Behörden und Gendarmerie eintrafen, waren die Täter geflüchtet.

Der Standal in der amerikanischen Marine. Nach einer Revue vor der Deputierten des "Herald" macht man in Amerika alle möglichen Anstrengungen, um den Standal des Admirals Barry, der homoseksueller Verfehlungen an der Universität gebüßt hat, so wenig als möglich auskommen zu lassen. Alle Wehrfreiheit besteht noch, wird der Admiral nicht vor ein Kriegsgericht gebracht werden, sollte dies dennoch geschehen, so wird die Verhandlung hinter geschlossenen Türen geführt werden. Sechs Matrosen, die als Komplizen des Admirals zu betrachten sind, werden im Hospital behandelt, alle Verbindung mit ihnen ist verboten. Auch die Presse bemüht sich so wenig wie möglich aus dem Standal zu machen. Die Hälfte der Zeitungen hat überhaupt nicht darüber geschrieben und selbst die Sensationspresse verhält sich sehr reserviert. Eine einzige Zeitung distanzierte gestern abend die Chancen des Admirals vor einem Kriegsgericht.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: C. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bertrand der Zahnärztlichen Gesellschaft.

Sitzstelle Bielefeld.

Nachruf.

Zur Mitternacht, dem 18. Januar, starb unser Mitglied, der Kollege

Friedrich Schröder.

Ehre seinem Namen!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 25. Januar, um 11 Uhr, auf dem Friedhof der Kreisstadt Bielefeld statt.

Bestattung der Stoffreste zur Zeremonie der bestreichenen Asche.

Bestattungserlaubnis erlangt.

Für die mit beim Ableben meiner Leben unvergänglichen Freude beizutretende und überaus reizende Freundschaft legt ich allen Vermönden und Schätzten, insbesondere Herrn Pastor Schumann, meine herzlichsten Worte am Grabe der Erbteilhaber, sowie dem Sozialdemokratischen Verein und dem Gefangenverein zu Moisling unsern herzlichsten Dank.

M. Schröder und Sohn.

Emmerich, den 19. Januar 1911.

Allen denen, welche die letzte Erfahrung und Freude einer Freundschaft erlebt haben, mögen diese Worte den Herzen wärmen.

Herr. Schumann und Familie.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Zum 1. April eine Wohnung von 2 Räumen, nebst Balkon für einige Zeit zu vermieten. Edmund Allee 94.

Zwei Zimmer-Wohnung zum 1. April zu vermieten.

W. Isenhausen, Jägerdorf.

Tüchtige

Arbeitstränen

schafft.

August Schuhmacher.

Schuhmacher

schafft.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Emmerich und Bielefeld.

Am Sonntag, den 22. Januar 1911.

Franzen & Co., 16 Holstenstraße 16

Heute beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

zu gewaltig ermässigten Preisen.

Herren-Anzüge

Wert 16 bis 20 M

jetzt 9⁰⁰ bis 12⁰⁰ M.

Herren-Anzüge

Wert 24 bis 30 M

jetzt 14⁰⁰ bis 19⁰⁰ M.

Herren-Paletots

Wert 20 bis 30 M

jetzt 12⁰⁰ bis 18⁰⁰ M.

Herren-Stiefel

Wert 8 bis 12 M

jetzt 5⁸⁰ bis 9⁵⁰ M.

Damen-Stiefel

Wert 6.50 bis 12.50 M

jetzt 4⁹⁰ bis 8⁵⁰ M.

Kinder-Stiefel

braun, Wert 4.50 bis 6.50 M

jetzt 3²⁰ bis 4²⁰ M.

Mit dem heutigen Tage habe den
Schlachterbetrieb
von F. Vagt, Legdienstr. 67,
übernommen und empfehle mich
zu sämtlichen

Zleischlieferungen,
wie bekannt schon seit langen
Jahren nur das Beste und zu den
billigsten Preisen.

Daniel Kaben,
Legdienstraße 67.

Meiereibutter Pfd. 125 Pf.
Holländ. Käse Pfd. 88
Pfauter Käse 60
Schweizer Käse 60
Alte Käse 40
Weckkäse, Schachtel 10
alte Butter 10
Margarine 60 u. 70
Weißes Schmalz 75
10 Heringe 45
2 pfd. Magdes. Sauerkohl 15
8 Stück Eier 60
5 Salzkartoffeln 10
2 große Salzkartoffeln 15
1/4 Pfd. Biefergercken 15

Eduard Speck
Südstraße 80 u. 82.

Rheinperle!
bester Ersatz für Naturbutter
empfiehlt

Joh. Böttcher,
Reiferstraße 43.

Achtung! Achtung!

Habe diese Woche mehrere selten
dicierte prima junge Rinder ge-
schlachtet, wovon ich meiner werten
Kundenschaft empfehle:

Prima fettiges Rindfleisch Pfd. 65 Pf.
Bratenstücke Pfd. 75-85
Schweinefleisch 75
Bratenstücke 80-85
weißes Schmalz 80
bei Abnahme von 4 Pfd. o. 75
Kopffleisch Pfd. 48
Gruß-, Brat- u. Leberwurst.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.

Friedr. Green
Kupferschmiedestr. 14.

Paul Boldt
Galerie mit elektrischem Betrieb
Marktstraße 22. Telefon 2133.
Achtung!
Kastenhallenfahrt 37.
Gingko-Bären-Groß-
Schneiderei Pfd. 70-80
Ratskasse 80
Ger. Metzgerei 50

Benutzen Sie

die Gelegenheit

die Ihnen unser

Inventur-Ausverkauf

bietet. Wir verkaufen jetzt diverse Posten

Damen-, Herren- und Kinder-
::: Schuhe und Stiefel :::

teils bis zur

Hälfte

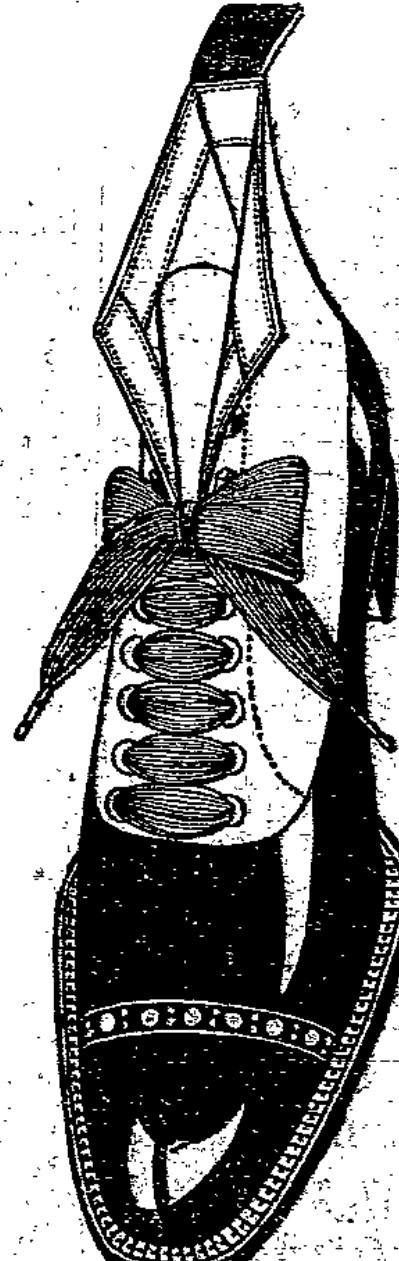
der früheren Verkaufspreise.

Unser Lager ist durch den grossen Zuspruch von Käufern
stark geleert, aber noch finden Sie gewiss etwas Passendes.

Schuhwarenhaus

J. W. Meyer

95 Breite Straße 95.



Wegen Fortzug

Total-Ausverkauf

in Herrenkonfektion u. Schuhwaren

zu staunend billigen Preisen
nur noch kurze Zeit statt.

Eingang nur 4. Marlesgrube 4.

Möller's billige Fleischquelle
22 Fornhausen 22.

Pa. gg. Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.

dicke Flomen 70
kleine Rindsstücke 80

W. Strohfeldt,
Markthalle Nr. 14-15

Heiße Knackwurst,

Großwurst 1 Stück
Leberwurst 10 Pfennig.

Kopffleisch,

Heinr. Viereck

Johann Möller.

Fahrrad- u.

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Emaill., Vernickl. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Motel. Allee 6a. Telefon 552

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**

Kauf Sie billig und reiht bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. B. kompl. Betten o. 12.50 M. u.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. o. 4 M.
Rate Lübeck-Märken.

Das riesig große
Wismarer Landbrot
empfiehlt stets frisch

Hans Pichelman,
Unterstraße 67. b. d. Bäckerei

Bo. eide Blomen.

Pd. Schmalzleisch 70
" Kartoffade 80
" geräuch. fetten Speck 75
Pfd. 80 bei Abn. v. 4 Pfd. o. Pfd.

Pfd. geräuch. mag. Speck 80
Pfd. 85 bei Abn. v. 4 Pfd. o. Pfd.

Pd. weisses Schmalz 70
Pfd. 75, b. Abn. v. 4 Pfd. o. Pfd.

Pd. kleine Rindsstücke 85
Kaff. Rippenspeck 100
Geräuch. Mettwurst 100
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
keine Nachwürfe.

M. Labitz, Röthkerstr. 16.

Holsten-Automat

C. d. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
feinste belegte Brezchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Preisen und Preisgegen Publicum
bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsladen

Zentralstrasse 9. Sternstr.

Lane der Zimmerer.

Sonnabend, den 21. Januar,
abende 8½ Uhr
bei Mohr, Gundestr. 101.
Tages. Ordnung:
Abrechnung vom 4. Quartal
Geld. Rechnung.
Der Vorstand.

Restbestände

Tischdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Möbelplüsche, Tischtücher, Servietten, Gedecke, Handtücher, Geschirrtücher, Bettbezüge, Kissenbezüge, Ueberschlaglaken, Damenwäsche, Unterzeuge, Strumpfwaren, Taschentücher, Schürzen, Modewaren, Damenblusen, Jacketts, Kostüme, Kleiderröcke, Herren-Anzüge und -Paletots, Knaben-Anzüge und -Pyjacks, Herren-Stiefel, Damen-Stiefel, Kinder-Stiefel etc.

zu enorm billigen herabgesetzten Preisen
zum Teil
bis zur Hälfte ermässigt.

RUDOLPH KARSTADT

BREITE STRASSE LÜBECK JOHANNISSTRASSE.

3

Großer Inventur-Ausverkauf

Freitag — Sonnabend — Sonntag

3 enorm billige Schlüftage meines Inventur-Ausverkaufs.

Große Posten Glas-, Porzellan- und Steingutwaren, Waschservice, Eßservice, Kaffeeservice, Lampen, Ampeln, Kronen für Petroleum- und Gasbeleuchtung, Kohlenkästen, Ofenschirme, Ofenvorsetzer, Geschenkartikel zu ganz fabelhaft billigen Preisen. Diverse Artikel teils zu und unter Einkaufspreisen.

3

Hermann Richelsen, Königstraße 111, Ecke Aegidienstraße.

Grosser Saison-Ausverkauf

Die Preisermäßigungen sind enorm.

Bahr & Umlandt Breite Straße 31.

zu wel. der Beute
2. ein Säbel 1. Gläsern.



Geschäft und
Säbel zu verkaufen.
Krügers Geschäft & Schmiede

Saarunterlagen
empf. billig F. W. Lichtenstein,
Barbier u. Friseur,
Or. Burgstr. 11.

Ziegenfleisch Bl. 40 Pf.
22 Fünfhausen 22.

E. Roy, Kempten
Marthall. 46.
Däglich frisch gebrachte Butter,
Eigentl. Milch, Mehl, Mehlkorn.

heute bei dem sich immer mehr bemerkbar machenden Sparsystem an die Eisenbahner gestellt werden und wie dann durch solche Überbürdung der Arbeiter leichter Unglücksfälle passieren als bei einem ruhigen Arbeitssystem. Auch als ein Missstand muß die noch vielfach bestehende wilde Akkordarbeit bezeichnet werden, die größtenteils in den Werkstätten noch so recht zur Geltung kommt und wo der Arbeiter selbst keine Übersicht hat über seine Arbeit und deren Entlohnung. Daher ist es Pflicht der Werkstättenarbeiter, in allererster Linie dafür zu sorgen, daß ihnen bei der Lohnzahlung eine klare Übersicht über ihre Arbeiten und deren Bezahlung gegeben wird. Auch in puncto Behandlung bleibt noch manches zu wünschen übrig; gibt es doch noch Vorgesetzte, welche die ihnen unterstellten Arbeiter noch gerne im Kasernenhofton anreden und entsprechend behandeln. Ferner ist es notwendig für die Eisenbahner, daß ihnen ein angemessener Erholungsrurlaub bei Fortzahlung des Lohnes zuteil wird. Wenn auch einige Kategorien schon einen kurzen Urlaub erhalten, so muß doch wohl zugegeben werden, daß alle der Erholung bedürftig sind, ganz gleich ob Streckenarbeiter oder Beamter. Was schon in vielen Privatbetrieben möglich ist, sollte auch doch wohl im Eisenbahnbetriebe angängig sein. Will man aber alle Mängel und Missstände, die noch vielfach im Eisenbahnbetriebe auftauchen, als Eisenbahner selbst mit beseitigen helfen und an der Einführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen tatkräftig mitwirken, so ist es Pflicht eines jeden Eisenbahners, sich einem Verbande anzuschließen, der durch Tat und Schrift die Interessen der Eisenbahner vertritt und fördert und das ist hier die Reichssection der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes. Der beste Beweis dafür, daß die Ausführungen des Referenten die Zustimmung der Anwesenden gefunden hatte, zeigte sich darin, daß nach Schluss der Versammlung eine ganze Anzahl der Anwesenden ihren Beitritt zum Verbande anmeldeten.

Die Lübecker Ortskrankenkasse beruft zu nächsten Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ein, die sich mit der Ausdehnung des Kassenbezirkes auf die Gemeinden Vorwerk und Stenis-Dänischburg sowie mit verschiedenen Satzungsänderungen beschäftigen soll.

Arbeiterrisiko. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag 2 Uhr beim Lagerhaus auf der ehemaligen Wallholzinsel. Dort war der Gardelegen Schiffs- u. Waffen-

Wallhalbinzel. Dort war der Kornträger Christoffer Westphälting mit dem Einhaken von Kornsäcken beschäftigt. Während es sonst üblich ist, daß zwei Leute diese Arbeit verrichten, mußte W. allein die zwei Säcke, welche zur gleichen Zeit transportiert werden, einhaken. Dabei geriet er mit dem Mittelfinger der rechten Hand zwischen die Kippers gerade in dem Moment, als die Säcke aufgehängt wurden. Dem Armlsten wurde der Finger ausgerissen und die davon befindliche Sehne noch zirka vier Zentimeter aus der Hand gezerrt. Westphälting mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Vielleicht hätte sich der Unfall vermeiden lassen, wenn zwei Mann mit dem Einhaken beschäftigt gewesen wären.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Dezember 1910 47 Ochsen, 170 Küsten, 1348 Rühe und Starken, 428 fette Kälber, 794 nüchterne Kälber, 2 Lämmer, 49 Ziegen, 3301 Schweine, 322 Schafe, 73 Pferde, zusammen 6532 Tiere. Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Kalb wegen Tuberkulose, 1 Schaf wegen vollständiger Abmagerung infolge innerer Krankheit, 1 Büffel wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: Schwein wegen Rotlauf, 2 Schweine wegen Tuberkulose, $\frac{3}{4}$ Rindfleisch wegen Tuberkulose, $\frac{2}{4}$ Kalbfleisch wegen Tuberkulose, $\frac{1}{4}$ Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Wassrigkeit, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 2 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Schwein wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. Außerdem sind bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich befeitigt worden. 1214 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere werden auf dem Schlachthof untersucht. Hier von wurde eine Küheuter wegen Entzündung beanstandet.

Inserat und redaktioneller Hinweis. Ein Vereinsvorstand in Bochum hatte einer Zeitung eine kleine Verhüngungs-Anzeige aufgegeben und gleichzeitig die unentgeltliche Aufnahme von drei redaktionellen Hinweisen auf die Vereinsfestlichkeit verlangt. Der Geschäftsführer der Zeitung antwortete darauf, ein solches „Massauern“ sei nicht angängig, es könne im Text nicht dreimal auf ein Inserat hingewiesen werden: denn jeder der drei Hinweise sei eigentlich ein Inserat. Derartige Hinweise gehörten in den Inseratenteil und müssten bezahlt werden. Der Vereinsvorstand entrüstete sich über den Ausdruck „Massauern“ und stellte Strafantrag gegen Bekleidigung. Das Schöffengericht sprach jedoch den Angeklagten frei, da er im Recht sei, wenn er Anzeigen in den Anzeigenteil verweise und verblümte Anpreisungen aus dem Text fernhalte. Unter „Massauern“ werde allgemein verstanden, gewisse Aussagen zu anderer Leute Nachteil zu vermeiden. Das aber habe der Klagende Vereinsvorstehende tun beabsichtigt, wenn er neben einer bezahlten Anzeige noch eine Anpreisung der Veranstaltung im Text veringe. Es sei zweiseitig seine Absicht gewesen, Inserationskosten zu ersparen. — Dieses Erkenntnis mögen sich alle, die angeht, zur Wollz nehmen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgenabend geht zur Feier des 100. Geburtstages von überlich Benedix dessen Lustspiel „Die regierenden Studenten“ in neuer Einstudierung in Szene. — Am Sonntag, nachmittags 8 Uhr, gelangt bei Ifseinen Bretz Georg Farnos reizvolle Operette „Die Försterchristl“ zur nochmaligen Aufführung. Sonntag, abends 8 Uhr, erscheint Mozarts große Oper „Die Zauberöte“ auf dem Spielplan. — Am Montag findet die Staufführung der sensationellen Novität „Taifun“ vom Elchior Mengel statt.

Stadthalle-Theater. Das Gastspiel der cania, Berlin, wird am Sonntag nachmittag 4 Uhr Montag abends 8 Uhr stattfinden und zwei Vorstellungen bringen, die in Berlin Hunderte von Aufführungen erzielt haben. In Form von großen Dioramänen und Wandernoramen mit glänzenden Lichteffekten werden großartige Natur- und Lebensbilder nach eigenen Studienreisen in Wort und Bild über die Bühne gehen. Die erste Vorstellung führt uns: „Über den Brenner nach Venedig“. Der friegsgeweihten Admerstraße geht die Wanderung Brennerbahn, der Besiegerin des alten mühsamen Passages nach, sie zeigt das Beste, was in technischer und landschaftlicher Hinsicht auf dieser Strecke zu zeigen ist. Vom hohen Kuffstein gehts über Innsbruck und die rauhe Brennerhöch zu Südens Sommerfrische Gossensaß, nach Inzenfeste, der „Pforte des Frühlings“ und dann ins alte kantische Land von Südtirol in die weitläufigen Gauen von Klausen und Bozen. Eine Endnacht in Venedig bildet den harmonischen Abschluss. — zweite Vorstellung wird die orientalischen Wunder „Kairo und die Pyramiden“ vor den Augen des Operns aufrollen. Mit der Hamburg-Amerika-Linie gehts zunächst nach Alexandrien, von dort nach Kairo, wo sich die Erscheinungen des allermoderntesten Lebens mit der bunten Mär-

chenwelt des Morgenlandes so stark berühren wie nirgends sonst. Die Vorführung bringt höchst anschauliche Szenen aus dieser Stadt der Extreme: Leichenzüge, Melk-Blutger, Bazaarleben, Moschee-Geheimnisse, die feierliche Einsamkeit der Kultus-Gräber, Bilder aus dem Volksleben. Der zweite Teil sucht die Mysterien der Königsgräber, der Gründler Apis-Stiere, der Totenfelber von Sakkara, den Zauber und die Größe der Wüste zu entschleiern. In den Berliner Festungen haben die uns erwartenden Vorstellungen bereits die denkbare besten Besprechungen gefunden.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeiters
sekretariats findet morgen — Sonnabend — von 5 bis
7 Uhr abends im Lokale des Herrn Freese statt.

Hamburg. Der neue Direktor des Hamburger Stadttheaters, Die Stadttheater-Gesellschaft wählte Dr. Hans Löwenfeld, bisher Oberregisseur der Leipziger Oper zum Direktor des Hamburger Stadttheaters. Dr. Löwenfeld nahm die Wahl an. — Schiffsunfall im Hafen. Der zur Hamburg-Amerika Linie gehörige Dampfer „Patagonia“, der seit einigen Tagen auf der Werft von Blohm u. Voss liegt, um dort Klassifikationsarbeiten und die dadurch bedingten Reparaturen vorzunehmen zu lassen, hat sich gestern nacht aus noch nicht ermittelter Ursache plötzlich auf die Backbordseite gelegt und ist durch offene Mietenlöcher und dann durch die über diesen belegenen Kohlenpforten so weit voll Wasser gelaufen, daß er eine Neigung von etwa 30 Grad annahm. Vor der Werft wurde sofort die Feuerwehr herbeigerufen, die mit dem Auspumpen des eingedrungenen Wassers begann; zu dieser Arbeit requirierte man alsbald noch den Petersen u. Alperschen Pumpendampfer „Caroline“ und den zur Hamburg-Amerika Linie gehörigem Dampfer „Brunshausen“. Morgens gegen 6½ Uhr neigte „Patagonia“, die sich vorher auf der Kaimauer des Werftkais gestützt hatte, nach Steuerbord über, worauf die Pumpendampfer unter Zurücklassung ihrer Schläuche das Festräumen mußten. Der Dampfer liegt gegenwärtig in einem Winkel von annähernd 45 Grad zwischen dem Werftkai und dem Elbdock Nr. 4. Die Masten stützen sich auf dessen Seitenkästen; die Bootsdavits befinden sich unter

Wasser. **Nennmünster.** Ein gewaltiges Feuer, wie es in solchem Umfange seit Jahren hier nicht wütete, brach gestern morgen in der großen Buntpapierfabrik von Gottfried Möller Söhne aus. Das Feuer entstand in einem Saale, in dem das Personal mit der Fabrikation von Silberpapier beschäftigt war. Durch Gaslicht, das infolge von Zugluft mit dem Papier in Berührung kam, entstand ein Brand, und da das Papier viele hundert Meter lang war, zogen sich die Flammen über das ganze Etablissement. Vernichtet sind alle Maschinen, ein riesiges Lager an Papier und die Fabrik, ebenso ist auch die Buchdruckerei völlig zerstört. Der Schaden beträgt etwa 300 000 Mk. Das Personal konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Nachbargebäude wurden nur mit Mühe und Not vor dem Feuer bewahrt.

Kiel. Eine nette Bescherung steht, wie bereits kurz gemeldet, für die Kieler Bevölkerung in Aussicht. Der Magistrat gibt nämlich soeben eine Vorlage bekannt, worin er in Abetracht der schlimmen Finanzlage der Stadt, der Etat schließt mit einem Defizit von rund einer halben Milliarde Mark ab, beantragt, den Buschtag für städtische Eisenbahnlinien einzustellen sowie den Grundstücks- und Gebäudesteuer um je 20 Prozent zu erhöhen. Ferner bringen Magistrat und Kammer abermals die Ein-

für ein erster Viersteuer in Vorschlag. Bemerkt sei, daß sowohl die Einkommen-, sowie die Grund- und Gebäudesteuer beide hierorts bereits außerordentlich hohe sind. Der Aufschlag zur staatlichen Einkommensteuer ist erst bei der Statberatung vor zweif Jahren von 180 auf 230 Proz. erhöht worden. Hinzu kommt für diejenigen, die noch der Kirche angehören, eine Kirchensteuer von 20 Proz. Selbstredend wird auch die höhere Besteuerung des Grund und Bodens zumeist auf die ärmeren Klassen abgewälzt. Die schlechte Finanzlage ist in der Hauptsache auf die Mängelwirtschaft der bürgerlichen Majorität in den Kollegien zurückzuführen, die Werte von vielen Hunderttausenden an die nimmersatten Marine- und sonstigen Staatsbehörden einfach verschenkte. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie sich die Majorität zu den neuen Vorschlägen, deren Vater in erster Linie Bürgermeister Lindemann ist, stellt.

Flensburg. „Flensburger Volkszeitung.“ Unter diesem Titel wird vom 1. April d. J. ab ein neues Parteiblatt in der Provinz Schleswig-Holstein erscheinen. Es geht damit ein langgehegter Wunsch der Parteigenossen des ersten und zweiten Reichstagswahlkreises in Erfüllung, die noch auf dem letzten Provinzialparteitag in Ottensen beantragt hatten: „Der Parteitag möge beschließen, daß eine Kalkulation von Sachverständigen über die Kosten einer eigenen Zeitung beziehungsweise eines Kopfblattes der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ für den nördlichen Teil der Provinz eingeholt wird und das Ergebnis dieser Berechnung dem nächsten Provinzialparteitag vorzulegen ist, um als Grundlage für die Möglichkeit der Schaffung

eines Blattes für den Norden zu dienen.“ Dem Antrage wurde in etwas veränderter Form zugestimmt, und die Verhandlungen der Sachverständigen haben inzwischen zu dem Ergebnis geführt, daß die „Schlesw.-Holst. Volkszg.“ mitteilen kann: Die Firma Chr. Haase u. Co. gibt die „Schlesw.-Holst. Volkszg.“ für das nördliche Gebiet der Provinz als besonderes Kopfblatt mit der Tendenz zur weiteren Entwicklung heraus und richtet zu dem Zweck eine Filiale des Geschäftes in Flensburg ein. Das Kopfblatt erhält den Namen „Flensburger Volks-Zeitung“ Organ für das arbeitende Volk im nördlichen Schleswig. Mit dem 1. April 1911 wird die neue Parteizeitung erscheinen.

Delmenhorst. Ausgewiesen! Das Ausweisungslend würde in Delmenhorst, wie unser Bantener Vater organ berichtet, vor einigen Tagen in geradezu grauenvoller Weise durch einen seltsamen Aufzug offenbart. Ein älteres, hier seit einigen Jahren ansässiges Ehepaar österreichischer Staatsangehörigkeit erhielt die Ausweisung, weil dem Ehemann infolge Tuberkulose ein Bein amputiert werden musste und er in diesem Zustande die Armenasse bedrohen konnte, die Frau aber von Ausländerinnen erinnern Geld gehabt hatte, obwohl sie wußte, daß sie den Umständen nach nicht in der Lage war, dieses zurückzuerstatten. Beide Cheleute sind seit 28 Jahren in Deutschland, der Mann bezog zuletzt Invalidenrente. Trotz privater Fürsprache bei der hiesigen Stadtbehörde, die esahrtten Leute nicht in den Wintermonaten hinzutreten, ihnen vielmehr Gelegenheit zur freiwilligen Abwanderung zu geben, erfolgte die Abschiebung. Straßenpassanten bot sich dann das traurige Bild der Abfahrt, indem der frappelige Mann in einem alten Kofferwagen von jüngeren Landsleuten zur Befreiungsfahrt wurde, während die alte Frau die Füchten abschütteten in einem Lumpenkleid nachließ. Die Leute haben ihre Gesundheit in Deutschland lassen, sie erwarten jetzt die "Wohlege" von Haus zu Haus ihrem ärmlichen Heimatdorf. So etwas passiert vierzig Jahre nach der Gründung des "herzlichen" Deutschen Reiches.

Kommunales

Gemeindewahlsieg. In Remetengrün (Bodigland) wurde die Gemeinderatswahl vom 8. Dezember für ungültig erklärt; wegen ungenügender Bekanntmachung des Wahltermins waren damals aus der Klasse der Unansässigen nur drei Wähler erschienen. Bei der Neuwahl am letzten Sonntag wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit je 88 Stimmen gewählt. Die übrigen 84 Stimmen verteilten sich auf 11 bürgerliche Kandidaten. Unsere Genossen beteiligten sich zum ersten Male an der Wahl.

Aus dem Gerichtssaal

Eine Ordnungsfälligkeit. Wie bereits kurz mitgeteilt, verurteilte das Schwurgericht in Bromberg den Bromberger Kriminalkommissar Schreiber wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu einem Jahre Gefängnis. Der Angeklagte, der ein lockeres Leben führte, hat gegen 10 000 Mk. Schulden. Schon 1907 eignete er sich eine kleinere Summe und auch die dazu gehörenden Akten an. Ebenso machte er es mit 100 Mk., die einem Verhafteten abgenommen waren. Beide Summen waren Eigentum von Prostituierten. In einer Verhandlung wurde festgestellt, daß bei der Bromberger Kriminalpolizei eine ganze Anzahl von Akten einfach unerledigt liegen blieb und daß dort ganz nach Willkür verfahren wurde. — Am 24. Januar beginnt ein neues Verfahren vor der Strafkammer, wo auch der Verurteilte wieder mit zu erscheinen hat.

Genossenschaftsbewegung

Allerlei Giobotschäften aus der Konsumgenossenschaftsbewegung veröffentlicht gegenwärtig wieder die Händlerpresse. So ist in Lübau ein Konsumverein in Konkurs geraten. Dieser Verein war als Konkurrenzunternehmen gegen den Konsumverein „Vorwärts“ in Lübau gegründet worden, vermochte diesem aber natürlich nichts entgegenzubringen und fand schließlich sein wohlverdientes Ende. Mit der modernen Konsumvereinsbewegung hat die Gründung daher gar nichts zu tun, die Herren Rabattspatvereinler werden den Fall aber zur Anfüllung ihrer „Tatenliste“ benutzen. — Der Konsumverein Greppin hat seine Liquidation beschlossen, um sich mit dem Konsumvereine Holzweitzig zu verschmelzen. Auch diese Liquidation, die nur ein Beweis für eine Erstarkung der Konsumgenossenschaftsbewegung ist, wird gegenwärtig durch die Händlerpresse gezerrt. — In Eisfeld-Stege hat ein Geschäftsführer eines Konsumvereins 10 000 Mf. unterschlagen. Die politische bürgerliche Presse hält sich über diesen Fall in Stillschweigen, Krämerblätter versuchen es aber, auch diesen Vorfall der Konsumgenossenschaftsbewegung auß Kirschholz zu schreiben. Es sei daher hier konstatiert, daß der Verraudant ein Führer der „gelben“ Gewerkschaften war und dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nahestand. Wie dieser Verband die Konsumvereine des Zentralverbandes bekämpft, ist unsern Lesern bekannt. Nun zeigt sich, wie die Gründungen und die Genossenschaften beschaffen sind, die sein Wohl gefallen finden.

QUITUITTO

Im Monat Dezember gingen bei denr. Unterzeid.
treten folgende Parlebeiträge ein:

Berlin, Groß-, a fonto seiner 8. Wahlkreise 15 000 M., Berlin, diverse Beiträge: 409,10; Beuthen, Agitationsbeitr. Ober Schlesien, 3. Quartal 1910 209,97; Bern 50,—; Bochum Gelsenkirchen, 3. Quartal 10 1044,28; Köln a. Rh., Reg. B. 20,—; Colpo, 7. württ. R.-W.-Kr., 3. Quartal 10 182,20; Döhlen, 6. sächs. R.-W.-Kr., a fonto 3000,—; Dortmund Hörde, 1. 8. bis 31. 10. 1910 1109,85; Delmenhorst, 3. old. R.-W.-Kr., 3. Quartal 10 51,20; Falkenberg Oberschlesien A. L. 4,—; Grafenstadt-Gülfirsch, 3. Quartal 10 19,28; Hamburg, 1. Reichstagswahlkreis 4000,—; Hamburg, 3. Reichstagswahlkreis 12 000; Husum, 4. schlesw.-holst. Reichstagswahlkreis, 3. Quartal 10 36,12; Kattowitz, Beitrag der B. B. S., 3. Quartal 10 253,34; Leipzig, 13. sächs. Reichstagswahlkreis, a fonto 6000,—; Lennep - Renischeid - Wittmann, 3. Quartal 10 668,48; Meiningen I, a fonto 13,95; Medienburg-Strelitz, 3. Quartal 10 58,62; Moers-Rees, 1. Aug. bis 31. Oktbr. 10 62,85; Mühlhausen i. E. 4. Quartal 10 139,80; Neustadt i. H., 3. Quartal 10 97,28; Nürnberg, Gau Nordbayern, 3. Quartal 10 5973,50; Ottensen-Winneberg, a fonto 3. Quartal 10 800,—; Parchim - Ludwigsburg, 3. mettl. Reichstagswahlkreis, 3. Quartal 10 50,60; Reutlingen Lübingen, 3. Quartal 10 71,47; Stuttgart, G. W. 3.—Sibbo, Kreis Lyck 80,—; Salzwedel-Gardelegen, 3. Quart. 10 88,29; Stettin, Agit.-Bez. Pommern, 3. Quart. 10 1252,87; Schramberg, 8. württ. Reichstagswahlkreis, 3. Quartal 10 46,38; Ulm, 14. württ. Reichstagswahlkreis, 3. Quartal 10 162,52; Westprignitz, 3. Quartal 10 42,58.

In der Quittung für November 1910 ist beim Agitations-
bezirk Oberlangenbielau der Wahlkreis: Reichensbach
Neurode mit 262,12 Mk. versehentlich nicht ausgeführt
worden. Die Gesamtsumme war richtig angegeben.

Für den Parteivorstand: F. B. & Fr. Ebert,
Lindenstr. 69.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sterntanz Viehmarkt vom 19. Januar
Auftrieb 5850 Schweine. Markt sehr flau. Überstand
— Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfund, Tara 20 Proz. — bis 5,900 (,— bis 47,00 Mf.) Mittelschwere Ware, von 240—280 Pfund, Tara 20 Proz., 58,— bis — (,— bis 46,50) Mf., Mittelware, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 58,00 bis 58,50 (45,— bis 45,50) Mf. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 57,00 bis 58,50 (45,— bis 45,50) Mf., Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,00 bis 56,00 (39,50 bis 42,50) Mf. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 55,00 bis 56,00 (44,00 bis 45,00) Mf. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 48,00 bis 53,00 (37,50 bis 41,50) Mf.

Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneter Artikel: **Gaert. König.**
für den gesamten übrigen Inhalt: **Schumann & Söhne**.
Verleger: **E. h. Schum. Druck: F. Friedr. Menzer u. Co.**
Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Ehrener Volksbeten“ in den Kreisen des merktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, infiriere im „Ehrener Volksbeten“.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

SONNABEND
UND SONNTAG

nur noch 2 Tage
Inventur-Ausverkauf

In allen Abteilungen des Hauses Restbestände bis **75 % im Preise ermässigt.**

DAMEN-KONFEKTION

LAGERBESTÄNDE

Jacken-Kostüme	Regulär bis 45.00 aus reinwollenen Fantasiestoffen . . . Inventurpreis	6⁰⁰
Jacken-Kostüme	aus einfarb. Tuch- u. Kammgarn-Stoffen auf Seide gearbeitet, Regulär b. 45.00 . Inventurpr.	20⁰⁰
Blaue Cheviot-Kostüme	Regulär b. 55.00 letzter Mode, teilweise auf Seide . Inventurpreis	28⁰⁰
Damen-Jacketts	Regulär 14.00 bis 18.00 . . . Inventurpreis	6⁰⁰ und 3⁰⁰
Schwarze Jacketts	Regulär b. 45.00 aus Tuch- u. Kammgarn, auf Seide-garb. Inventurpreis	15⁰⁰ und 9⁰⁰
Eleg. Kimonos	Regulär bis 22.50 aus Tuch und Cheviotstoffen . . . Inventurpreis	11⁵⁰
Frauen-Kragen	Regulär bis 31.00 aus schwarzem Tuch . . . Inventurpreis	15⁰⁰
Theater-Capes	Regulär bis 17.50 mit Mufflonkragen . . . Inventurpreis	9⁵⁰
Kostüm-Röcke	aus Stoffen engl. Art Regulär bis 5.50 . . . Inventurpreis	1⁵⁰
Faltenröcke	aus Fantasie-Stoffen Regulär bis 9.00 . . . Inventurpreis	3⁷⁵
Eleg. Tuchröcke	Regulär bis 23.00 . . . Inventurpreis	12⁰⁰

LAGERBESTÄNDE

Reinwollene Kinderkleider	Regulär 5.75 und 8.00 Inventurpreis 5.00 und	2⁹⁵
Wollene Russenkittel	mit buntem Besatz in 3 Größen, regulär bis 3.00 durchweg 1.25 Mk. u.	95⁴³
Elegante Russenkittel	Wert bis 6.50 Inventurpreis 4.50 und aus karierten Stoffen für das Alter bis 12 Jahre	3⁰⁰
Mädchenkleider	staff 5.50 aus karierten Stoffen für das Alter bis 12 Jahre	3²⁵
Kieler Mädchenkleider	für das Alter bis 14 Jahre, staff 17.00 bis 20.00 durchweg	8⁰⁰
Mädchenkleider	aus Woll-Musseline, für das Alter bis 18 Jahre, Inventurpreis statt 16.00	9⁵⁰

LAGERBESTÄNDE

Musselin-Blusen	Regulär bis 4.00 . . . Inventurpreis	1⁵⁰
Bessere Wollblusen	ganz auf Futter . . . Regulär bis 10.00 und Inventurpreis	3⁰⁰
Oberhemdblusen	aus gestreift Popelin	2⁵⁰
Weisse Kimono-Blusen	Regulär bis 5.00 . . . Inventurpreis	2⁵⁰
Elegante Kimono-Blusen	reinwoll. ganz auf Futter . . . Inventurpreis	4⁸⁰
Wss. Tüll- u. Spachtelblusen	Elegante Garnitur mit reicher Fantasie- . . . Inventurpreis	3⁹⁵
Seidene Oberhemdblusen	Regulär bis 9.75 . . . Inventurpreis	4⁵⁰
Gesellschaftsblusen	Elegant seidene . . . Inventurpreis	5⁷⁵
Wasch-Unterröcke	Regular 2.95 . . . Inventurpreis	1⁹⁵
Elegante Unterröcke	aus Ja. Halbtuch mit Moire-Volant statt 7.00 . . . Inventurpreis	3⁹⁵
Morgenröcke	aus Velour . . . Inventurpreis	4⁸⁰

LAGERBESTÄNDE

Kinder-Capes	statt 4 bis 6.00 . . . Inventurpreis 3.00 und	2⁰⁰
Kinder-Tuch-Mäntel	regulär 4.50 . . . Inventurpreis	2⁰⁰
Kinder-Paletots	Velvet Ribbet regulär 7.50 . . . Inventurpreis	5⁵⁰
Mädchen-Mäntel	Velvet Ribbet regulär 14.00 . . . Inventurpreis	6⁰⁰
Mädchen-Paletots	aus Stoffen engl. Art, für das Alter bis 18 Jahre, statt 16.00 . . . Inventurpreis	8⁰⁰
Backfisch-Röcke	Faltenfaßon, aus geometrischen Stoffen, regulär bis 8.00 . . . Inventurpreis	4⁰⁰

HERREN-KONFEKTION

LAGERBESTÄNDE

Herren-Anzüge	Kammgarn, Buckskin und Cheviot	Regulär 54.00 Inventurpreis 30.00	40.00	25.00
Paletots u. Ulster	aus halbschweren u. schweren Stoffen	Regulär 48.00 Inventurpreis 22.00	20.00	14.00
Pilot-Arbeitshosen	Regulär Wert bis 2.45 u. 5.00 . . . Inventurpreis	28.00	18.00	9.75
Eleg. Fantasie-Westen	belle u. dunkle Dessins früherer Wert 2.95 bis 4.50 . . . Inventurpreis	95 ⁴³	2 ⁴⁰	1 ⁰⁰
Knaben-Anzüge	hoch geschlossen und Matrosenform	Regulär Wert bis 19.00 Inventurpreis 9.50	9.00	4.00
Knaben-Pyjacks	mit und ohne Abzeichen . . .	Regulär Wert bis 14.50 Inventurpreis 4.50	4.00	1.75

Ein Lagerbestand

Damen-Schnürstiefel	Boxkalf und Chevremont	Regulär Wert 5.75 bis 14.50 Inventurpreis 1 ¹ Serie 8 ⁵⁰ Serie II 6 ⁵⁰
----------------------------	------------------------	---

Das Sparsystem,

welches wir kürzlich zur Einführung brachten, ist nicht als eine vorübergehende Einrichtung zu betrachten, vielmehr ist diese Vergünstigung eine dauernde und sind alle Einkäufe, einschließlich Lebensmittel, arbeitspflichtig.

Lagerbestände.

Herren-Stehkragen
teilweise rein Leinen, öfters Inventurpreis 35⁴³

Serviteurs mit Halsweite Weite 42, 48, 44 . . . statt 95.4 Inventurpreis 45⁴³

Herren-Krawatten alle Fassons, Wert bis 2.00 M. Serie I 75⁴³ Serie II 48⁴³ Serie III 25⁴³ Serie IV 10⁴³

Jachtklub-Mützen aus englischen Stoffen Inventurpreis 75⁴³ und 48⁴³

Starke Stricksocken grau . . . Paar Inventurpreis 28⁴³

Herren-Sweater Regulärer Preis bis 2.50 M. Inventurpreis 1⁵⁰

Kinder-Hosen aus Velour-Barchent Inventurpreis 60⁴³

Damen-Unterhemden gestrickt, reine Wolle . . . Regulärer Preis 2.25 M. Inventurpreis 1⁵⁰

Kinder-Röckchen gestrickt, reine Wolle und plattiert sonst bis 3.25 inv.-Preis 1.75 M. bis 60⁴³

Unterrock-Volants Ein Posten Inventurpreis 75⁴³

Lebensmittel:

Schweineschmalz garantiert rein . . . Pfd. 72⁴³

Gänsekleinfleisch gepökelt . . . Pfd. 50⁴³

Geräuch. Mettwurst grobe . . . Pfd. 78⁴³

Tilsiter Käse pikant . . . Pfd. 48⁴³

Schweizerkäse Pfd. 78⁴³ und 58⁴³

Kakao garantiert rein . . . Pfd. 78⁴³

Misch-Honig . . . Pfd. 28⁴³

Kronsbeeren . . . Pfd. 35⁴³

Zwiebeln . . . 10 Pfd. 48⁴³

Zitronen . . . Dzdz. 48⁴³

Apfelsinen Dutzend 48⁴³, 38⁴³ 30⁴³

Hasen abgezogen 2⁷⁵

2. Beilage zum Lübecker Volkshofen

pt. 17.

Freitag, den 20. Januar 1911

18. Jahr.

Die preußische Regierung im Kampf gegen die Jugendbewegung.

Der preußische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, ist fest entschlossen, den Kampf gegen die freie Jugendbewegung mit allem Nachdrück zu führen und in diesem Kampf zu siegen oder — in irgend einer Vensonopolis über die Grenzen beschränkter Regierungsmacht nachzudenken. Er hat an die preußischen Regierungspräsidenten folgende Anweisung gegeben:

„Der Minister des Innern,
C b. 1739.

C b. 1739.

Berlin, den 23. November 1910.

Durch das in dem Reichsvereinsgesetz enthaltene Verbot der Beteiligung von Personen unter 18 Jahren an politischen Vereinen pp. hat die Sozialdemokratie sich bestmöglich genötigt gesehen, nach Formen zu suchen, in denen sie die seit nach einer Reihe von Jahren betriebene Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend unbehindert fortführen konnte.

Die Angelegenheit kam auf dem Nürnberger Parteitag 1908 zur Beratung und führte zu der Beschlussfassung, daß die Organisationen — politische wie gewerkschaftliche — für die Erziehung der Jugend in der proletarischen Weltanschauung zu sorgen haben. Zu dem Behufe seien örtliche Kommissionen zu bilden, welche, ohne der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angegliedert zu sein, in öffentlichen, allen Jugendlichen zugänglichen und angeblich unpolitischen Veranstaltungen das in Rede stehende Erziehungswerk auszuführen haben. Dem Beschuß wurde eine Deklaration des Inhalts hinzugefügt, daß lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters nichts im Wege steht.

In Berlin und Umgegend bestand seit 1904 eine solche vereinsmäßige Organisation, welche in Übereinstimmung mit dem oben erwähnten Parteitagsbesluß weiter unterhalten wurde. Gegen diese Organisation versügte der hiesige Polizeipräsident zu Anfang die Auflösung mit der Begründung, daß sie ein politischer Verein sei, als solcher keine Existenzberechtigung habe, da sie es sich zur Aufgabe mache, Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen, also einen strafgeleytzwidrigen Zweck verfolge. (§§ 1, 17, 18, Ziff. 5 und 6 R. V. R.) Die gegen die Auflösung im Verwaltungstreitsverfahren erhobene Klage ist durch Urteil des Oberverwaltungs-Gerichts vom 14. Oktober 1910 angesieben.

Der Minister führt nun aus, daß das Gericht den politischen Charakter der freien Jugendorganisation und ihrer engen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie festgestellt habe und fährt dann fort:

„Die in dem Urteil enthaltenen Rechtsausführungen zeigen den Weg, auf dem es möglich sein wird, den sozialdemokratischen Bestrebungen zur Gewinnung der Jugend mit Erfolg entgegenzutreten.“

Die Schädlichkeit der in Rede stehenden Agitation macht es dringend nötig, von jeder sich bietenden Handhabe zu ihrer Eindämmung den schärfsten Gebrauch zu machen. Indem ich auf den wegen der Jugendorganisation schon ergangenen Erlass vom 23. April 1906 — 6529 — Bezug nehme, überlende ich Euer (Hochwohlgeboren, Hochgeboren, Durchlaucht) anbei ergebenst einen Abdruck des Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1910 mit dem Ersuchen, die Polizeibehörden, soweit dies den örtlichen Verhältnissen nach geboten ist, mit den darin

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte

(44. Fortsetzung.)

Doch weis Gott! troz alledem und alledem und ob schon dies Hamburg sonst ein Wasser ist, das einen braven Schwimmer nicht leicht sinken lässt, fand ich mich nach vier Wochen als Portier einer kleinen Menagerie auf dem Hamburger Berge. Mein Geschäft war zwar leicht erlernt, aber nicht leicht geübt, denn von mittags bis Torschluß mußte ich dem vorübergehenden Volke die Schäze unserer Bude mit einer Stentotstimme anreisen. Während ich so schrie, zeigte ich mit einem langen Rohrstäbe auf eine mit Vieh aller Art von der Geder, die auf Libanon, bis auf den Esop, der an der Mauer wächst, bemalte Leinwand und erinnerte ein paar räudige, melancholische Affen dann und wann durch einige Hiebe zu lustigen Spielen und possierlichen Grimassen. Ich selber galt wenigstens so lange ich vor der Bude stand, für einen Rionegro-Indianer, trug deshalb große Glaskorallen in den Ohrläppchen, eine seltsame Haarsfrisur und einen Federschurz, auch mußte ich mittäglich die Arme, die Hände und das Gesicht mit Walnusschale braun färben. Einige Wochen hindurch wurde ich sogar selber ein Hauptstück der Menagerie, denn nachdem man mir den ganzen Körper gefärbt und eingedöst hatte, und mir auf die Brust und die Schenkel allerlei Figuren mit bunten Farben gemalt waren, mußte ich hinter einer Gardine verborgen, welche nur dem sich öffnete, der einen Extraschilling zahlte, nicht allein alle Verschämtheit, sondern selber Hemde und Hosen ablegen.

„Wenn Sie damals nicht besser auf dem Strumpf waren, als jetzt, so müssen Sie wie ein Schrecken ausgesehen haben, und ich denke, daß der ganze Hamburger Berg sich vor Ihnen befreut hat.“ schaltete Mierendorf ein.

Ergo dem, fuhr Herr Garras fort, daß auch zuweisende Damen ihre Neugier und Wissbegierde an meinem Auschauen zu bestiedigen suchten, ging es mir als Indianer nur langweilig. Eine kleine Abwechslung brachte zwar für kurze Zeit eine russische Gräfin, eine Entlein der großen Katharina, in mein Zimmer, denn die Dame suchte, zur Vereicherung ihrer ethnographischen Kenntnisse, genau auszufinden, auf welche Nation der in der Genesis 1. Vers 28 verheissene Segen, im größten Bruchteile gefallen sei. Leider war aber die hohe Dame so orthodox, daß sie behauptete, die Zwölf sei die erste heilige Zahl. Zwölf

aufgestellten Rechtsgründen bekannt zu machen und sie anzuwenden, zu prüfen, ob in ihren Dienstbezirken sich ein Anlaß zum Einschreiten bietet.

zisten Anweisung und dann kann die Schulsfelei einlegen.

Die Jugendkommissionen selbst werden in der Regel

zisten Anweisung und dann kann die Schulsfelei einlegen.

Hoffentlich enthalten diese mündlichen Anweisungen die nötige Ergänzung zu dem Ministerialerlaß, nämlich die Einschärfung, daß unter allen Umständen streng nach Recht und Gesetz, d. h. nach den in Frage kommenden Paragraphen des Reichsvereinsgesetzes verfahren werden soll. Eine solche Ergänzung ist notwendig, denn die Absicht des Ministers könnte, wie die Erfahrung lehrt, von den ihm untergeordneten Instanzen leicht missverstanden werden. Wenn nämlich die Behörden gesetzlich vorgehen wollen, ist es äußerst bedenklich, ihnen den Rat zu erteilen, ganz generell die Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts auf die Freien Jugendorganisationen ihres Bezirks anzuwenden. Das Oberverwaltungsgericht hat nur über die Berliner Organisation entschieden, u. E. zu Unrecht. Aber dem sei wie ihm wolle: es geht unter keinen Umständen, diese Entscheidung ganz schematisch und burokratisch auf andere Organisationen auszudehnen, sie als eine Art automatische Röpfmaschine für proletarische Jugendorganisation zu betrachten. Alle diese Organisationen verfolgen Statuten, die in $\ddot{\text{a}}$ pp unpolitische Zwecke; sie wollen die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder heben und Bildung unter der arbeitenden Jugend verbreiten. Wenn die aufgelöste Berliner Organisation wirklich in einzelnen Fällen gegen das Vereinsgesetz verstossen haben sollte — sie hat es nach unserer Meinung nicht getan — so ist das kein Grund, gegen andere Organisationen vorzugehen, vielmehr hat die Behörde, falls sie selbst das Gesetz beachten will, sich in jedem Falle an die Statuten des Vereins zu halten, bis sie ihm nachgewiesen hat, daß er etwa auch noch anderen, ihm durch das Gesetz verbotenen Bestrebungen nachhängt. Es genügt sogar, nach der Entscheidung des vom Minister in Anspruch genommenen Oberverwaltungsgerichts durchaus nicht, daß in vereinzelten Fällen etwa in Vorträgen, gegen den Politikparagraphen des Vereinsgesetzes verstossen wird, sondern die Bestrebungen des Vereins müssen als politisch erwiesen werden, um seine Auflösung zu rechtfertigen.

Des weiteren hätte der Minister seinen untergeordneten Behörden mit noch größerem Nachdruck den Unterschied zwischen Jugendorganisationen und Jugendausschüssen klar machen sollen. Wer auch nur oberflächlich über die sogenannte sozialdemokratische Jugendbewegung unterrichtet ist — und das sollte man doch bei den auf dem Kriegszuge gegen diese Bewegung begriffenen Behörden voraussehen — muß aus dem öffentlich gesagten Beschuß des Nürnberger Parteitages wissen, daß zwischen Jugendorganisationen und Jugendausschüssen nicht der geringste Zusammenhang besteht. Es kann gar keine Rede davon sein, daß, wie der Minister im Eingang seines Erlasses ausführt, „die Sozialdemokratie sich bekanntlich genötigt gesehen hat, nach Formen zu suchen, in denen sie die seit einer Reihe von Jahren betriebene Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend ungehindert fortführen konnte.“ Mit keinem Worte wird den in Aussicht genommenen Jugendausschüssen im dem Beschuße des Nürnberger Parteitages der Auftrag erteilt, die Jugend zu organisieren, das gerade Gegenteil ist der Fall. Es konnte also auch keine Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend fortgeführt werden. Die Jugendausschüsse sind vielmehr vollkommen selbständige, erst auf dem Nürnberger Parteitag ins Leben gerufene Gebilde, die mit den seit Jahren bestehenden und auch nach dem Nürnberger Parteitag neben ihnen fortbestehenden Or-

Monate habe es, zwölf Stämme Israels, zwölf Apostel, zwölf
Pairs von der Tafelrunde gehabt, und zähle man die
Großherzöge mit, so könnten genau zwei Dutzend gekrönt
christliche Häupter auf Europa. Was unter Zwölf sei, sei
des Zählens und Rechnens gar nicht wert, und bei diesen
frommen Dedikutionen füßt ich armer Pythagoräer da, wie
eine in einen Milchtopf gefallene Fliege, oder wie der Pro-
phet Jeremias auf den Trümmern von Jerusalem. — Bald
würde sie meiner auch völlig überdrüssig, nachdem sie mir
noch vorher in Gegenwart der Menagerieinhaberin gesagt
hatte: ich sei nicht die Spur wild, sondern so
zahm wie nur irgend ein Berliner Gardeleutnant.
Da nun Madame Giborius, so hieß meine Brot-
herrin, es zur Bewahrung ihres guten Rufes
für notwenig erachtete, kein zahmes Geschöpf in ihrer Bude
zu dulden, so wurde ich wieder vor die Bude gestellt und
mußte wieder schreien und die Aßen liebkosē.

Ich hatte schon öfterer unter den Vorüberpassierenden einen hageren, schwarzgekleideten Mann bemerkt, der mich einmal mit seinen kleinen, von borstigen Wimpern über schatteten Augen zu fixieren schien. Als sich einst die Gelegenheit bot, bat ich ihn, meinem Vieh die Ehre seines Besuches zu geben; er lehnte dies jedoch kurz ab, ließ sich aber in eine Unterhaltung mit mir ein, und da er nur hörte, daß mein heiliges Lebensliedlein mir nicht an den Wiege gefungen sei, so schüttelte er den Kopf, ermahnte mich zur Einfehr in mich selber, und steckte mir schließlich einige Draktätlein in die Hand. Der Mann kam noch öfter wieder, und da ich natürlich meine Karte nun so spielte, daß er stets zum Anlegen kam, so fand er immer mehr Gefallen an mir, und sagte mir schließlich eines schönen Morgens, daß er mich diesem Greuel Ägyptens entführen wolle, und kurz: am nächsten Tage fand ich mich als Bruder Türhüter in Neu-Schenna.

"Und wie gefiel Ihnen", fragte Mierendorf. "Ihr neues Amt? Ich frage nicht aus bloßer Neugierde. Sarras, ich habe schon öfter darüber gedacht, mich, wenn ich dorthin aufgeworden bin, und den Herrlichkeiten dieser Welt entzogen habe, in ein gutes Benediktiner-Stift einsperren zu lassen. — Aber trinken Sie doch, Bruder Pförtner. — Heda, Gurgo-

"Nun," entgegnete Herr Sarraz. "Sie wissen ja, Herr Baron, was jener Fuchs sage, als man ihm das Fell über

die Ohren zog; es ist nur ein übergangl Der Hamburger Berg ist kein Tal Tempe und Madame Gibertus hatte auch gerade nicht viel von einer arkadischen Städtlein zu thun, aber mit Neu-Sabina verglichen, ist eine Rude voll wilder Tiere ein Ort freundlicher Heiterkeit, und die dicke, leisende Madame Gibertus hatte doch noch ther Ethischlichkeit mit dem schmächtigen, lantica Engel Gabriel, als Pachomius novus und seine Gesellen mit Dienern des Friedens. Was mich aber mein neues Amt erträglich finden ließ, war, daß ich sah, daß man Hoffnungen für die Zukunft an das selbe knüpfen dürfe. Pachomius war arm gewesen wie ich, und jetzt besaß er ein Sommerpalais, das einem Erzbishof nicht übel angestanden haben würde und Titel, Orden und Präsente und Pensionen regneten auf ihn herab, wie das Manna auf die Kinder Israels."

"Ihre Vergleiche stinken entsetzlich nach dem Kloster, Sarraz", sagte der Baron. "Es ist ganz sonderbar, aber es gibt keine Seuche, die leichter anzestecke, als diejenige in gottseligen Stedensarten zu faseln. Aber jetzt lassen Sie mir die Manna und den Engel Gabriel und den Jeremias zu Haus, oder vielmehr in ihren Gräbern ruhen. Wie kann sich auch ein halbwegs honneter Mensch noch mit so abgedroschenen Bildern, die jedem Schuljungen schon Ekel machen, befudeln? Trinken Sie einmal aus, Sie alter Lumpenstiefel, damit Sie wieder auch Verständiges von sich geben können, und erzählen Sie mir ehrlich und deutlich und ohne Umschweif, was Sie denn jetzt eigentlich treiben."

"Ich breite das Reich Gottes aus. Ich bin, wie ich Ihnen schon sagte, ein Missionarius internus."

wie kam's, daß Sie aus einem Lüthüter ein Herumstreicher wurden?"

"Ich benahm mich in meiner neuen Stellung mit Besinnung. Ich schmeichelte den Kunden und blieb auf die entzückend Schafe ein. Ich eignete mir den Jungen des Predigers an und nahm ihre Maul- und Augenverletzungen wahr, so gut ich konnte. Das gefiel und da nun ich noch ein Mann war, der die Länder und Städte des Deutschen gesehen und ihre Zün und Treiben erforcht hatte, so ward man der Überzeugung, daß ich dem neuen Orden mehr als Prediger und Kundschafter nützen könnte, als durch eine Arbeit, der auch der dümste Gräglöpf vorkommen kann."

(Fortsetzung folgt.)

ganisationen der arbeitenden Jugend weder in historischem noch in organisatorischem Zusammenhange stehen. Der vom Minister angezogene Parteitagsbeschluss gibt über diese Situation unzweideutig Auskunft. Die Jugendausschüsse, mögen sie nun für politisch erklärt werden oder nicht, haben sich des weiteren von Anfang an in ihren Veranstaltungen für die Jugend von Politik aufs strengste ferngehalten. Ihre Tätigkeit hat also mit dem Reichsvereinsgebet und seinen Politik- und Jugendparagraphen nicht das geringste zu schaffen. Wohl aber haben sich die örtlichen Behörden bei der sieberhaften Aufmerksamkeit, die sie neuerdings der übrigens in aller Öffentlichkeit betriebenen Bildungstätigkeit der Ausschüsse widmen, vielfach über die klaren Bestimmungen des Gesetzes hinweggesetzt. So wurde vor einigen Tagen in Berlin eine Jugendversammlung aufgelöst, in der ein Vortrag über Schundliteratur gehalten wurde. Gleichzeitig wurde im Reichstag unter Beteiligung hoher Staats- und Reichsbehörden eine Ausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur veranstaltet. Der Minister hätte also alle Ursache gehabt, seinen untergeordneten Behörden die Beachtung des Gesetzes einzuschränken.

Soziales.

Mißvergnügte Scharfmacher. Es war vorauszusehen, daß die Scharfmacherpresse über den Heimarbeitertag und seinen Verlauf nur wenig Wohlgefallen äußern würde. Es war zu erwarten, daß sie sich einige liebliche Schimpfartikel leisten würde. Drogend wird man überrascht, wenn man folgende Ausführungen der „Post“ liest: „Wir haben selten einen Kongressbericht gelesen, der uns so fast ausschließlich Mißvergnügen verursacht hätte, wie der über den Heimarbeitertag. Wir vertreten die Ansicht (und sind uns bewußt, sie bei uns auch durchzuführen), bei solchen Kongressberichten jeden, welcher politischen Partei und welcher Weltanschauung er auch angehört, zu Wort kommen zu

lassen, wenn er nur sachlich etwas hat, wenn sich seine Ausführungen auf Freiheit, Studium oder Erfahrungen gründen. Offen gestellt, wie befinden uns bei dem Heimarbeitertag in einer Verlegenheit, welchem Redner, der für gesetzliche Ordnung der Heimarbeit eintrat, wir das Wort bei uns geben sollten? Wir haben keinen gefunden, der neben allgemeinen Klagen praktisch Durchführbares gefragt hätte, und wie haben uns schlechtlich darauf beschränken müssen, die Entschließung allein abzudrucken. Was wir von weltfremder Professoreweisheit und von beschämtem politischen Haß und geschickter partypolitischer Ausschaltung von beiden hören müssten, das war schlimm. Und es war sehr schlimm, daß solches unter der Maske eines unparteiischen, objektiven Kongresses, mit dem Heiligen-Scheln wissenschaftlicher Untergrunde in die Welt gesetzt werden konnte. Es muß gesagt werden, daß die schlimmsten Befürchtungen, die sich an diesen Heimarbeitertag knüpften, weit übertrroffen worden sind. Niemals haben wir allerdings auch die inneren Beziehungen zwischen ideologischem Katholischsozialismus und politisch sozialdemokratischer Verhebung so klar gesehen. Diese Verbindung erinnerte uns an die Fabel von dem Fuchs, der dem von Schafen gegründeten allgemeinen Friedensbündnis beitrat. Gegenüber der ideologischen Präologie und den sozialdemokratischen Herreden waren die zwei Reden, die auf die ungeheueren Schwierigkeiten einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit hinwiesen, wollte man nicht soundso viele häusliche Wirtschaften vom Untergang überliefern, soundso viele armste Frauen, die Fabrikarbeit nicht mehr leisten können, des Verdienstes beraubten, nicht so und so viele Mütter ihren Kindern entziehen, wie Dosen in der Wüste eines professoralen Wolfenfuchschirms und einer skrupellosen sozialdemokratischen Verhebung. Der Sozialdemokratie kommt es nur darauf an, Unfrieden zu säen. Wieviel Glück, wieviel Familienleben dabei zerstört wird, ist einerlei, wenn nur das Heer derer, die nichts mehr zu verlieren haben, ver-

mehrt wird.“ Das ist der Wutschrei skrupelloser Ausbeuter, die die Sten haben, zu behaupten, auch die schamloseste und ekelhafteste Form der Ausbeutung werde von der „menschenfreundlichen“ Tendenz getragen, „Hungernden Brod und Arbeit zu geben.“

Augst vor Lohnräumen. Der Zentralausschuss Berliner Kaufmännischer, industrieller und gewerblicher Vereine nahm am Montag zu dem Heimarbeit-Gesekentwurf und besonders auch zu der Forderung nach Lohnräumen Stellung. Generalsekretär Dr. Koppel meinte, die Einführung solcher Lohnräumen würde ein Eingriff des Staates in den Privatbetrieb sein; außerdem könne man nicht wissen, ob nicht das, was heute in der Heimarbeit geschehe, morgen einem anderen Industriezweig widerfahre. In der einstimmig angenommenen Resolution wendet sich der Zentralausschuss nachdrücklich gegen alle über die Regierungsvorlage sowie die Kommissionsbeschluße hinausgehenden weiteren Forderungen und erhebt insbesondere schärfsten Protest gegen die Forderung des Heimarbeitertages auf Einführung staatlicher Lohnräume. Der Zentralausschuss erhält einerseits diese Lohnräume praktisch und technisch für undurchführbar, andererseits aber muß aus prinzipiellen Gründen dieser Protest erhoben werden, da die Festsetzung des Lohnes von Staats wegen ohne gleichzeitige Garantie der Konkurrenzmöglichkeit, der Preise und des Absatzes der Produkte eine Neuerung bedeuten würde, die zu unannehbaren Konsequenzen führen und die Existenzmöglichkeit der Unternehmertreibes in Frage stellen müßte.“ Auch diese Sätze sind nur wieder ein Beweis, daß sich die Ausbeuter mit Händen und Füßen zur Wehr seien, wenn sie eine Begrenzung der höchstkostenlosen Ausbeutungsmöglichkeiten fürchten.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. **Druck:** Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Hirschfeld, Lübeck

Breite Straße 39/41

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Jetzt, am Ende der Saison, verkaufen wir
die vorhandenen **Restbestände** unserer
Damen- u. Kinder-Konfektion sowie Pelzwaren
zu herabgesetzten Preisen.

TURUL-SCHUHE

erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit
durch ihre



Einheitspreis für Herren- und Damenschuhe:

Spezialmarke

Original

Goodyear Welt

THEATR. SCHUHFABRIK

Alfred Fränkel Com. Sec.

Vereinzelstelle

Lübeck, Breitestr. 49.

Herrnburg.

Sonntag, den 22. d. M.:

Großer Maskenball

Schlicker.

Hansa Theater

Täglich abends 8½ Uhr.
Gastspiel des Berliner Theater-Ensembles.

Prinz und Bettlerin.

Sensations-Novität!

Rom. Wil. Ausl. Stuttgart 4. Ab. (7 Bilder) v. Howard. Deutsch v. Siegf. v. Lutz. Musik v. Rechet.

Vorverkauf bei Sager.

Verzugskarten wochentags gültig.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, 21. Jan. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 109. Sonnabend-Ab. 18.
Zur Feier des 100. Geburtstages
von Roderich Benedix.

Die relegierten Studenten.

Eintspiel von Roderich Benedix.

Sonntag, 22. Jan. Nachm. 3 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Die Förster-Christl.

Secrets von Georg Jorno.

Sonntag, 22. Jan. Abends 2½ Uhr.

Die Zauberflöte.

Große Oper von Mozart.

Montag, 23. Januar. 7½ Uhr.

Das Lale. 9 Uhr?

Taifun.

Drama von Melchior Lengyel.

Tonhalle (Lichtbild-Theater.)

Programm:

Die entführte Braut. Seelische Erregung eines Spielers.

Briefe aus vergangenen Tagen.

Max verschlägt eine reiche Auf zur fröhlichen Hochzeit!

Die Georgine.

Paganini.

Nur für Erwachsene.

Die Direktion.

Vorläufige Anzeige.

Gefangenverein „Gingigkeit“, Schlafsaal. Maskenball am 12. Febr. 1911.

Kinder und fremde Vereine haben keinen Auftritt.

Achtung!

Bauschlosser - Versamm.

Dienstag, 24. d. M.

abends 8½ Uhr präzise

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Die Brancioneitung.

Gefangen-Verein Harmonia

Reinsehlen.

Einschaltung zum

Maskenball

Sonntag, 22. Januar 1911

im Lokale des Herrn Piquardat

Hotel Kronprinz, Schwartau.

Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.

Um 10 Uhr Demaskierung.

Alle umliegenden Bundesvereine

sind hierdurch freundl. eingeladen.

Das Komitee.

Stadthallentheater.

Freitag, 20. Jan. Abends 8 Uhr.

Gastspiel der „Parisienne“

American-French

Sketch-Company.

Per Eilgut. Stetch von A. W. Paris.

Wegen plötzlicher Bindernisse

vom Roquette.

Wer? L. de Lorde und Montignac.

Besetzt! von A. W. Paris.

Sonntag, 22. Jan. Nachm. 4 Uhr.

1. Gastsp. d. Wissenschaft-Theaters

der „Urania“ in Berlin.

Über den Brunnen nach Venedig

Studienreisen in Wort und Bild.

In Berlin über 300 mit ange-

gebaut. Pr. Dukende, unverträg.

Sonntag, 22. Jan. Abends 7½ Uhr.

Gastspiel Carl William Büller.

Onkel Bräsig.

Lebensbild von Fritz Reuter.

Vorverkauf täglich in den bekannt

Stellen bei Nagel, Markt 14 und

Rub, Kohlmarkt 12.